

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschusssdienst

Wortprotokoll

**Ausschuss für Bildung,
Jugend und Familie**

zu TOP 2 unter Zuladung
des Hauptausschusses

71. Sitzung
10. März 2011

Beginn: 13.01 Uhr
Ende: 15.43 Uhr
Vorsitz: Christa Müller (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Christa Müller: Nun können wir zu unserem eigentlichen Tagesordnungspunkt kommen:

Punkt 2 der Tagesordnung

Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 der Verfassung von Berlin
Schule in Freiheit
Drs 16/3744

[0551](#)

Hierzu findet heute die Anhörung der Vertrauenspersonen nach § 9 Absatz 2 des Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid statt. Die fünf Vertrauenspersonen sind anwesend. Ich begrüße ganz herzlich Frau Margret Rasfeld, Herrn Kurt Wilhelmi, Herrn Henning Graner, Frau Laura Ehrich und Herrn Johannes Stüttgen. Ich bitte Sie, mit Ihren Statements, die bis zu fünf Minuten dauern dürfen, in der von Ihnen gewählten Reihenfolge zu beginnen, und vielleicht können Sie noch ganz kurz einen Satz jeweils zu Ihrer Person sagen. – Ich gehe davon aus, dass wie bei allen Anhörungen ein Wortprotokoll gefertigt wird. – Herr Wilhelmi, möchten Sie beginnen?

Kurt Wilhelmi („Schule in Freiheit“): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Anwesende! Mein Name ist Kurt Wilhelmi, und ich arbeite beim „OMNIBUS für direkte Demokratie“. Ich freue mich sehr, dass die Anhörung der Volksinitiative „Schule in Freiheit“ heute hier stattfindet. Dass sie stattfindet, haben wir insbesondere den 29 165 Menschen zu verdanken, die für die Volksinitiative unterschrieben haben. Einige davon sind jetzt hier in diesem Raum und in drei weiteren Räumen, in die die Anhörung übertragen wird, und ich hoffe, dass man da auch möglichst viel mitbekommt. Es besteht die Möglichkeit, dass wir uns nach der Anhörung unten im Eingangsbereich noch zu einem kurzen Austausch und zu einem gemeinsamen Foto treffen.

Initiiert wurde die Volksinitiative vom Berliner Büro des „OMNIBUS für direkte Demokratie“. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass in Deutschland Abstimmungsrechte eingeführt werden. In all dieser Arbeit gehen wir immer vom mündigen Bürger aus. Wir alle als Bürger können Verantwortung übernehmen. Der mündige Bürger wächst in den Schulen heran, und damit sich in den Schulen Mündigkeit ausbilden und entwickeln kann, müssen die Schulen selbst als Einrichtung mündig sein, das heißt, sie müssen sich und ihre Arbeit selbst bestimmen können. Das ist die Idee der Volksinitiative für „Schule in Freiheit“. Wir haben als konkreten Inhalt der Volksinitiative drei Grundsätze formuliert, drei Forderungen, die wir heute mit Ihnen diskutieren wollen und von denen wir uns wünschen, dass das Abgeordnetenhaus sie beschließt als eine Art Wegweiser, der anzeigt, wohin die Reise gehen soll.

Der erste Grundsatz ist der der pädagogischen Freiheit. Die Schulen sollen die Inhalte und die Qualitätsmaßstäbe ihrer Arbeit selbstständig gestalten können. Das ist die grundsätzlichsste unserer Forderungen. Sie betrifft das Schulwesen im Ganzen. Sie wurde bereits vor 200 Jahren von Wilhelm von Humboldt formuliert, und sie ist zugleich auch eine sehr zukünftige Idee, die zu ihrer Verwirklichung vieler Schritte bedarf, einen nach dem anderen. Die pädagogische Freiheit ist zum Beispiel wichtig für die Lehrer. Statt vorgegebene Rahmenlehrpläne abzuarbeiten und die Schüler auf von der Schulverwaltung vorgegebene Prüfungsfragen vorzubereiten, könnten sie die Inhalte und die Formen ihrer Zusammenarbeit selbst bestimmen. Sie könnten also als authentische Persönlichkeit in ihrer Arbeit Verantwortung übernehmen. Auf diese Weise könnten sich zum Beispiel auch die Lehrpläne und die Formen von Prüfungsaufgaben aus dem Schulwesen, aus der pädagogischen Praxis heraus entwickeln.

Wir wollen, dass wir in Berlin erste Schritte in diese Richtung gehen. Zum Beispiel könnte man den Berliner Hochschulen freistellen, in Zukunft mehr Studenten unabhängig vom Abitur aufzunehmen, sodass sich also neben dem Abitur auch neue Schulabschlüsse etablieren können.

Die zweite Forderung ist die nach der gleichberechtigten Finanzierung. Die Schulen in staatlicher und in freier Trägerschaft sollen ohne Schulgeld zugänglich sein. Dieser Punkt betrifft also besonders die Schulen in freier Trägerschaft. Sie sollen gleichberechtigt finanziert werden, sodass sie kein Schulgeld mehr erheben müssen. Sie sollen nicht länger Privatschulen sein, die von Eltern aus der Privattasche mitfinanziert werden müssen. Wir wollen vielmehr, dass die Schulen in freier Trägerschaft endlich als öffentliche Schulen anerkannt werden und unabhängig vom Einkommen der Eltern für alle zugänglich sind.

Die dritte Forderung ist die der selbstständigen Organisation. Alle Schulen, die es wollen, sollen die weitestgehende organisatorische Selbstständigkeit erhalten. Dieser Punkt betrifft also insbesondere die staatlichen Schulen. Sie sind eingebunden in Behördenzusammenhänge, und sie werden sowohl vom Land Berlin als auch von den Bezirken zentral verwaltet und in ihrer selbstständigen Arbeit bürokratisch eingeschränkt. Sie haben zum Beispiel nur eine eingeschränkte – –

Vorsitzende Christa Müller: Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche, Herr Wilhelmi! Wir hatten fünf Minuten vereinbart, und die sind schon deutlich überschritten.

Kurt Wilhelmi („Schule in Freiheit“): Die Aktuelle Viertelstunde wurde auch überschritten.

Vorsitzende Christa Müller: Das ist ein Vergleich, der sich hier nicht anbietet und gegen den ich mich verwahre, Herr Wilhelmi! Wir hatten die fünf Minuten im Zuge der Sitzungsdauer vereinbart. Bitte, beenden Sie Ihren Satz, damit dann auch Ihre Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen können.

Kurt Wilhelmi („Schule in Freiheit“): Sie haben zum Beispiel nur eine eingeschränkte Personalhoheit und eine sehr begrenzte Budgethoheit. Deshalb fordern wir, dass die staatlichen Schulen, die mehr Autonomie und Selbstverwaltung wollen, mit den entsprechenden Hoheitsrechten ausgestattet werden. – Ich habe jetzt die drei Forderungen unserer Volksinitiative in aller Kürze versucht zusammenzufassen. Wir wollen Ihnen jetzt die Wichtigkeit und die Notwendigkeit dieser Forderungen aus unterschiedlichen Erfahrungszusammenhängen heraus näher begründen, und deshalb übergebe ich jetzt das Wort. – Vielen Dank!

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank! – Bitte schön, Herr Graner!

Henning Graner („Schule in Freiheit“): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Mein Name ist Henning Graner. Ich arbeite als pädagogischer Mitarbeiter an einer Schule in freier Trägerschaft, an deren Gründung ich selbst beteiligt war. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsschule. Wir akzeptieren Schülerinnen und Schüler von der ersten bis zur zehnten Klasse, differenzieren nicht nach ihren schulischen Leistungen und heißen als inklusive Schule auch Schülerinnen und Schüler mit sogenannten besonderen Bedürfnissen willkommen. Wir wählen unsere Schülerinnen und Schüler bewusst nicht aus. Wir wollen eine Schule für alle sein, jede und jeder ist uns willkommen. Und dennoch: Nicht alle können unsere Schule besuchen, denn wir sind zur Finanzierung der Schule auf die Erhebung von Schulgeld angewiesen.

So wie unserer Schule geht es den meisten Schulen in freier Trägerschaft: Sie setzen innovative pädagogische Konzepte um. Sie verstehen sich explizit als öffentliche Schulen, also als Schulen, die sich mit ihrem Bildungsangebot genauso an die Öffentlichkeit wenden wie die staatlichen Schulen. Sie finden allerdings andere Rahmenbedingungen vor als die staatlichen Schulen, und erst durch diese Rahmenbedingungen sind sie genötigt, Schulgeld zu erheben, und werden so gegen ihren Willen zu einem Privileg von Familien, die sich das leisten können. Erst die unzureichende Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft macht aus ihnen das, was man ihnen gelegentlich vorwirft – Privatschulen.

Schulen in freier Trägerschaft werden gleich zweifach gegenüber den staatlichen Schulen finanziell benachteiligt: bei den laufenden Kosten – dort erhalten sie nur etwa 65 Prozent der Gelder, über die eine vergleichbare staatliche Schule verfügt – und während ihrer Gründung durch die so genannte Wartefrist. Innerhalb der

Wartefrist, die in Berlin mit bis zu fünf Jahren besonders lang ist, bekommen neu gegründete Schulen keinerlei staatliche Gelder. Sie müssen sich in dieser Zeit komplett selbst finanzieren. Unsere Schule befindet sich noch bis zum Jahr 2013 in der Wartefrist. Um die Wartefrist zu überbrücken, sind wir genötigt, folgende Maßnahmen zu ergreifen: Wir bezahlen unser Personal unterdurchschnittlich. Wir erheben Schulgeld. Wir nehmen Kredite auf. Unmittelbar nach Ablauf der Wartefrist werden wir dann erst einmal damit beschäftigt sein, die Kredite zurückzuzahlen, sodass wir die unterdurchschnittliche Bezahlung des Personals nicht verbessern und die Höhe des Schulgelds nicht absenken können. Wenn die Finanzierung dann einsetzt, bekommen wir so wie alle Schulen in freier Trägerschaft nur etwa 65 Prozent der Gelder, die eine vergleichbare staatliche Schule erhält. Im Gesetz heißt es zwar, dass die Schulen in freier Trägerschaft 93 Prozent der vergleichbaren Personalkosten bekommen – und das klingt erst einmal gut, ist aber Schönfärberei. Denn für die Differenz der Personalkosten, für Gebäude- und Betriebskosten sowie für pädagogisches Material und Projekte muss eine Schule in freier Trägerschaft selbst aufkommen. Die allermeisten Schulen in freier Trägerschaft sind deshalb so wie wir darauf angewiesen, die Eltern dauerhaft an den Kosten der Schule zu beteiligen, das heißt, sie müssen Schulgeld erheben.

Die dargestellte Situation produziert in mehrfacher Hinsicht Ungerechtigkeiten, und ich nenne ich hier nur drei Beispiele: Die größte Ungerechtigkeit ist, sie ist erstens ungerecht gegenüber den Eltern, die sich das Schulgeld schlicht nicht leisten können. Diese Eltern können unter Umständen nicht die Schule wählen, die sie für ihr Kind für am geeignetsten halten. Sie sind in ihrer Wahl erheblich eingeschränkt. Die Situation ist aber zweitens auch ungerecht gegenüber den Eltern, die sich für eine Schule in freier Trägerschaft entscheiden, denn die zahlen doppelt. Über ihre Steuern finanzieren sie das staatliche Schulwesen mit, dessen Leistungen sie gar nicht in Anspruch nehmen, und zusätzlich bezahlen sie Schulgeld für die Schule, die sie für ihr Kind für am geeignetsten halten. Die Situation ist drittens – und das wird oft vergessen – ungerecht gegenüber den Eltern, die aufgrund fehlender Schulplätze an einer Schule in freier Trägerschaft gar keinen Platz bekommen. Die Nachfrage nach Schulplätzen an Schulen in freier Trägerschaft übersteigt das Angebot deutlich. Das Angebot könnte aber durchaus größer sein, wenn die Schulen in freier Trägerschaft gleichberechtigt finanziert würden.

Ich fasse zusammen: Die derzeitige Gesetzeslage benachteiligt die Schulen in freier Trägerschaft. Durch die Unterfinanzierung sind Schulen in freier Trägerschaft auf Schulgeld angewiesen und werden erst dadurch in eine private Ecke gedrängt. Diese Ungleichheit in der Finanzierung befördert eine soziale Selektion. Wer eine Selektion nach den Einkommensverhältnissen der Eltern vermeiden möchte, muss die politischen Rahmenbedingungen ändern und die Schulen in freier Trägerschaft gleichberechtigt finanzieren. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Schulen unabhängig von ihrer Trägerschaft vollständig öffentlich finanziert werden. Zukünftig sollen sowohl Schulen in staatlicher als auch in freier Trägerschaft ohne Schulgeld zugänglich sein. – Vielen Dank!

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank! – Wer spricht als Nächste? – Bitte schön!

Laura Ehrich („Schule in Freiheit“): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Mein Name ist Laura Ehrich, ich bin 19 Jahre alt und gehe in die 13. Klasse des John-Lennon-Gymnasiums, wo ich auch Schülersprecherin bin. Des Weiteren sitze ich im Bezirksschulausschuss Mitte sowie im Landesschulbeirat von Berlin. In drei Monaten werde ich mein Abitur erhalten und blicke dann auf eine lange Schullaufbahn zurück. Ich war in meinem Leben auf fünf Berliner Schulen, und es hat lange gedauert, bis ich das Gefühl hatte, die richtige für mich gefunden zu haben. Denn für mich war schon immer klar, dass Schule mehr ist und mehr sein soll als eine reine Lernanstalt. Es ist viel eher ein Lebensumfeld, denn hier verbringe ich den Großteil meines Tages, hier habe ich mein soziales Umfeld, und hier bereite ich mich auf meine Zukunft vor. Doch nicht jede Schülerin, nicht jeder Schüler ist so wie ich. Jede und jeder fühlt sich in einem anderen Lernumfeld wohl, denn unsere Gesellschaft ist pluralistisch, und deswegen muss auch das Schulwesen pluralistisch sein.

Wenn nun die Schulen in freier Trägerschaft kein Schulgeld mehr erheben, wird das dazu führen, dass die staatlichen Schulen mit ihnen in einen kreativen Wettbewerb um gute Schulkonzepte treten werden. Deswegen müssen auch die staatlichen Schulen endlich die Freiheit bekommen und auch ermutigt werden, die Freiheit zu nutzen, neue innovative und auf die Schüler angepasste pädagogische Konzepte zu entwickeln. In

solch einem Prozess können sich staatliche Schulen und Schulen in freier Trägerschaft gegenseitig anregen und inspirieren. Momentan jedoch – obwohl formell die staatlichen Schulen bereits mehr Freiheiten haben, als sie teilweise wahrhaben wollen – leben und lernen wir Schüler an staatlichen Schulen noch recht unfrei. Es gibt Ordner voll von Lehrplänen, in denen genau festgelegt ist, welche Thematik in welchem Semester durchzunehmen ist, und so wird Lernen zum bloßen Abarbeiten. Ja, in manchen Fächern bekommen wir gar regelrechte Checklisten, wo wir dann unser erworbenes Wissen schön abhaken können. Einige Lehrer benutzen gar dieselben Materialien seit Jahrzehnten. Doch Schülerinnen und Schüler wollen eigene Impulse geben, wollen ihren Erfahrungsalltag in den Unterricht integrieren und über aktuelle und brisante Themen reden. Es wäre daher unabdingbar, weg von Lehrplänen mit vorgegebenen Inhalten zu kommen hin zu Formulierungen von Zielen. Zwar sind in den Rahmenplänen jetzt schon sogenannte Zielkompetenzen festgeschrieben, jedoch stehen dort immer noch die Inhalte für die einzelnen Schulhalbjahre.

Eine Lockerung der Lehrpläne kann sich außerdem meiner Meinung nach erst dann richtig entfalten, wenn auch die Prüfungsordnungen gelockert werden. Denn aller Unterricht geschieht immer noch im Hinblick auf die Prüfungen. Und damit meine ich nicht nur das Zentralabitur, nein, schon meine achtjährige Schwester macht gerade ihre erste Erfahrung mit diesem System der Vergleichbarkeit, VERA 3. Schon Drittklässler werden dem Druck ausgesetzt, der Norm entsprechen und sich mit anderen messen zu müssen. Weiter geht es dann mit VERA 8 und mit dem mittleren Schulabschluss. Und obwohl die Prüfungen des mittleren Schulabschlusses am Ende der 10. Klasse geschrieben wurden, fingen meine Lehrer schon an, bereits zu Beginn der 9. Klasse mit den Vorbereitungen dafür zu beginnen. Ich habe mich also zwei Jahre lang im Unterricht auf diese Prüfungen vorbereitet. Damit wirken sich diese zentralen Vergleichsprüfungen also indirekt auf die Lehrpläne aus, über einen sehr langen Zeitraum, und schränken die Unterrichtsfreiheit enorm ein. Lernen wird zum bloßen Hinarbeiten. Man lernt doch nur für die Prüfungen und nicht, wie es immer so schön heißt, für das Leben. Lehrer und Schüler passen sich den Lehrplänen und den Prüfungsordnungen an und nicht andersherum, wie es sein sollte, dass die Lehrpläne und Prüfungen den Schülern dienen.

Dies alles erzeugt Druck und kreierte Angst bei allen Beteiligten – Angst bei den Schülern, dem nicht gewachsen zu sein, Angst bei den Lehrern, ihre Schüler nicht gut genug vorbereitet zu haben, und Angst bei der Schulleitung, im Schulvergleich schlecht dazustehen. Es wirkt alles wie eine Fremdbestimmung, wie eine aufgedrückte Aufgabe von einem ominösen unbekanntem Prüfer, und dabei geht nicht nur die Lust der Schüler am eigenständigen Forschen verloren, sondern auch die Leidenschaft der Lehrenden, ihr Thema zu vermitteln und voll dahinterzustehen. Von je her wird für uns entschieden, was wichtig sein soll. Das sind die althergebrachten Fächer Deutsch, Mathe, womöglich auch noch Latein, doch ich frage mich: Wo bleibt Platz für gesellschaftlich relevante Themen – Politik, Psychologie, Wirtschaft, Philosophie, Soziologie, Nachhaltigkeit –? Was bringt es mir für meine Zukunft, sechs Monate lang Barocksonette analysiert zu haben und keine Zeit zu haben für die Dinge, für die ich mich wirklich interessiere? Wieso gehört es zum vielzitierten Bildungsstandard in diesem Land, die zweite Ableitung der e-Funktion zu können, aber nicht, sich mit dem Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland auseinandergesetzt zu haben? – All dies läuft unter dem Paradigma der Vergleichbarkeit. Die geläufige Vorstellung ist, dass nur ein Schulsystem, in dem die Schüler vergleichbar sind, in dem sie an Noten messbar sind und wo alle die gleichen Prüfungen schreiben, gerecht sei. Doch ich finde, dass nur ein Schulsystem, das allen als Individuen gerecht wird, ein wirklich gerechtes Schulsystem ist. Ich bin überzeugt, dass man gerade nicht zur Schule gehen sollte, um sich danach so reibungslos wie möglich ins Gefüge einzuordnen und stagnant und still vor sich hin zu leben und zu einem Pflichterfüller zu werden, nein, ich gehe zur Schule, um mich weiterzuentwickeln. Wir Schüler wollen in der Schule Zeit und Raum haben, unsere Persönlichkeit zu entfalten, Fragen aufzuwerfen, zu kritisieren, zu phantasieren, zu gestalten, die Gesellschaft zu verändern, denn schließlich sind wir die Gesellschaft von morgen. – [Zuruf von Mieke Senftleben (FDP)] –

Vorsitzende Christa Müller: Frau Ehrich hat das Wort und kommt jetzt, bitte, auch zum Schluss, weil die fünf Minuten vorbei sind.

Laura Ehrich („Schule in Freiheit“): Momentan lernt die Gesellschaft von morgen jedoch immer noch nach den Vorstellungen von gestern – und es gibt so viele verschiedene Lösungsansätze, das zu ändern. All diese verschiedenen Lösungsansätze sollten eine Möglichkeit zur Realisation haben, sei es jahrgangsübergreifendes Lernen, sei es das Loslösen vom Fächerunterricht, sei es die zeitliche Freiheit, das Abitur nicht in einer

vorgegebenen Zeit, sondern in einer Abiturphase zu erfüllen, sei es, mehr Zeit für die eigenen Forschungsfragen der Schüler zu geben oder eine andere Form der Notengebung und der Beurteilung auszuprobieren. Deswegen: Lassen Sie mehr pädagogische Freiheit zu im staatlichen Schulwesen! Geben Sie auch Anreize, damit die Schulen sich tatsächlich trauen, diese Freiheit zu nutzen! Setzen Sie ein Zeichen, dass es nicht nur geduldet, sondern gewollt ist, dass staatliche Schulen neue Wege gehen! Ich wünsche mir ein Schulsystem, in dem jede und jeder die richtige Schule für sich findet, und das kann nur mit einer größeren Diversität, mit mehr pädagogischer Freiheit geschehen, auch in staatlichen Schulen. – Vielen Dank! – [Beifall der Zuschauer] –

Vorsitzende Christa Müller: Meine Herren und Damen! Bitte gestatten Sie mir den Hinweis, dass Beitragsbekundungen in Ausschüssen nicht üblich sind. – Wer bitte spricht als Nächste? – Frau Rasfeld!

Margret Rasfeld („Schule in Freiheit“): Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Zu meiner Person: Ich bin Schulpraktikerin – ich bin jetzt 34 Jahre im Schuldienst und gehe immer noch gern und begeistert hin. Ich habe 30 Jahre an staatlichen Schulen gearbeitet, habe zwei Schulen als Schulleiterin aufgebaut und bin jetzt seit drei Jahren Schulleiterin der neugegründeten Evangelischen Gemeinschaftsschule in Berlin-Mitte, und die Schülerinnen und Schüler und mein Team arbeiten an einem bundesweit beachteten Reformprogramm.

Ich möchte in meinem Beitrag den Fokus auf Innovation legen. Warum ist Innovation heute so zentral bedeutsam? – Machen wir uns nichts vor. Unsere Gesellschaft steht vor riesigen Herausforderungen – ich nenne nur einige: Klimawandel, dramatische Ressourcenverknappung, in Deutschland kommt hinzu der nicht mehr aufzuhaltende demografische Wandel verbunden mit Facharbeitermangel nie gekannten Ausmaßes. Diese Veränderungen müssen in den nächsten 15 Jahren gelöst werden, wir müssen sie anpacken. Und um diese Herausforderungen zu lösen – wir können sie meistern, davon bin ich überzeugt –, brauchen wir alle Potenziale, auch noch alle unentdeckten und schlummernden, brauchen wir eine andere Kultur, brauchen wir einen Geist von Innovation. Denn wir brauchen nicht mehr höher, schneller, weiter, neue Bedürfnisse, neuen Konsum; wir müssen mit kreativer Phantasie diese Probleme angehen.

Innovationsgeist, Visionswille, Gestaltungsmut, das sind Haltungen, das sind in den Menschen verankerte Haltungen, und Institutionen prägen Haltung. Schule ist eine sehr, sehr mächtige Institution, die Haltung prägt, und dabei meine ich den heimlichen Lehrplan, das ist das, was Haltung hervorbringt. Die Grundbedingungen für wissenschaftliche Innovation sind bekannt, sie heißen Autonomie, Persönlichkeit, Stärke, Mut, Interdisziplinarität, selbst denken. Wenn man sich unter diesem Fokus innovationsfördernde Bedingungen in den Schulen anschaut, dann haben wir noch nicht Autonomie, wir haben immer noch einen Verwaltungsgeist und Instruktionen. Wir haben auch nicht „selbst denken“ – Laura hat es gerade gesagt –. Wir haben Arbeitsblätter Kultur, wir haben Vorgegebenes. Wir haben auch nicht Persönlichkeit, Stärke, Mut, wir haben einen heimlichen Lehrplan von Anpassung. Und was die Interdisziplinarität angeht, weil Reibung entsteht, daraus entsteht Kreativität. Wir haben das exklusivste System der OECD, und wir haben auch insgesamt in unserer Gesellschaft immer noch einen Geist von Konkurrenz, Ausgrenzung und den Ungeist von Selektion. Den müssen wir überwinden, sonst wird Deutschland auch wirtschaftlich nicht zukunftsfähig sein. So gesehen ist unser Bildungssystem, würde ich sagen, innovationsfeindlich vom Geist her, und deshalb ist es so wichtig – ich unterstreiche das voll, was Laura vorgetragen hat –, dass wir Schulen mehr Freiheit geben, dass sie völlig neue Wege finden können. Ich habe ja nun beides erlebt: 30 Jahre staatliche Schule – ich war immer reformerisch tätig, habe immer viel gemacht. Jetzt bin ich in einer Schule in freier Trägerschaft, da habe ich ein bisschen mehr Freiheiten, kann man sagen, weil mein Träger mit großem Vertrauen auf Anträge und alles Mögliche verzichtet. Unsere Schule hat jetzt im dritten Jahr 362 Anmeldungen auf 75 Plätze. Wir sind bundesweit bekannt, wir sind schon vielfach ausgezeichnet.

Ich möchte noch Andreas Schleicher zitieren – denn wir starren ja immer auf PISA, und Deutschland definiert PISA sehr stark unter Testen: Deutsch, Englisch, Mathe. PISA sagt ja viel mehr: Zentrale Herausforderungen von PISA gehen auf die Zivilgesellschaft, auf die Entwicklung von Citizenship. Ich werde in zwei Wochen mit Herrn Schleicher in Essen bei der Mercator-Stiftung diskutieren – und man höre und staune, was Herr Schleicher vorgeschlagen hat – das Thema heißt:

Auf der Suche nach der Schule der Zukunft.

Als Untertext sagt er:

Sie bereitet auf ein gesellschaftliches und berufliches Leben vor, das wir heute noch nicht kennen, auf Technologien, die erst morgen erfunden werden und hilft, Herausforderungen zu bewältigen, von denen wir heute noch nicht wissen, dass es sie gibt.

Das ist das, was uns als Zukunftsaufgabe gegeben ist, nämlich den jungen Menschen ihre Begeisterungsfähigkeit zu erhalten. Sie gehen in einen Berufsweg des lebenslangen Lernens. Sie müssen flexibel mit Situationen umgehen. Auch die Wirtschaft hat als höchste Kompetenz inzwischen für ihre Führungskräfte, disruptiv mit neuen Veränderungen umzugehen.

Jetzt komme ich zu dem Punkt: Warum brauchen wir Schulen in freier Trägerschaft? Man könnte ja auch sagen, dass kann jede Schule so entwickeln. – Wir haben mit unseren Schulen – das wissen wir alle – große Systeme, eingefahrene Institutionen, also Tanker, die sehr schwer zu bewegen sind. Schulen in freier Trägerschaft, die sich neu gründen, da sind Menschen, die wollen etwas bewegen, die haben Engagement, die haben Ideen, Fantasie und Mut, die können beispielgebend sein. An meiner Schule geben zurzeit Schüler und Schülerinnen Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer und Schulleiterinnen und Schulleiter. Wir haben im letzten Jahr 1 000 bei uns gehabt – die machen immer so für hundert Leute gleichzeitig Fortbildung, die nächsten Termine sind wieder ausgebucht. Da sind ganz viele Menschen, die sagen, so was darf man? Wo habt ihr die Ideen her? Deswegen finde ich, wir brauchen Ideen. Die Leute wollen Mut und Visionen, sie wollen sich anstecken lassen. Diesen ganzen Geist in unserer Republik, von Jammertal und bad news, den müssen wir überwinden. Wir müssen die Leute inspirieren, begeistern, mitnehmen, und dafür brauchen wir freie Schulen. Und im Berliner Schulgesetz steht in § 94:

Schulen in freier Trägerschaft ... können das Schulwesen durch besondere Inhalte und Formen der Erziehung und des Unterrichts fördern.

– Unter dem Aspekt, finde ich, müssen wir alles tun, um die zu fördern, mit Anspruch natürlich. – Und:

Die Zusammenarbeit zwischen Schulen in freier Trägerschaft und öffentlichen Schulen ist zu unterstützen.

Das finde ich ganz toll, damit wir gemeinsam andere Wege beschreiten können.

Vorsitzende Christa Müller: Frau Rasfeld, entschuldigen Sie bitte, auch Sie muss ich unterbrechen, Sie sind auch schon sehr weit über die Zeit hinaus.

Margret Rasfeld („Schule in Freiheit“): Ja, ich komme zu meinem letzten Satz. – Deshalb: Mehr Freiheit für staatliche Schulen – aber für die, die das wollen. Ich würde jetzt nicht sagen, alle Schulen müssen jetzt völlig neu sich aufstellen, das klappt nicht, aber denen, die wollen, würde ich volle Unterstützung geben, den Schulen in freier Trägerschaft volle Finanzierung geben.

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank! – Dann hat als Nächster Herr Stüttgen das Wort.

Johannes Stüttgen („Schule in Freiheit“): Mein Name ist Johannes Stüttgen. Ich habe das große Glück, hier als Letzter zu sprechen, das heißt, ich brauche fast gar nichts mehr zu sagen, denn die wichtigsten Dinge sind bereits angesprochen worden. Das, was ich kurz ansprechen möchte, ist die Frage: Welche Rolle spielt denn überhaupt der Staat im Zusammenhang mit dem Schulwesen? – Wenn man mal davon ausgeht, dass die Schulen eigentlich von der Sache her Basisunternehmen unserer Gesellschaft sind, die Unternehmen, in denen eigentlich die Grundlage für alle weiteren Fähigkeiten und Gegebenheiten geschaffen werden, heißt das, dass wir es bei den Schulen mit Unternehmungen zu tun haben, die direkt an den Ressourcen der Kreativität des Menschen arbeiten, sie fördern sollen, entfalten lassen sollen. Wenn wir davon ausgehen, kann man nur sagen, hat der Staat an dem Punkt überhaupt gar nichts in den Schulen verloren. Seine Aufgabe ist, die Freiheit und Autonomie der Schulen zu bewahren, zu schützen und natürlich auch, solange er Steuern einnimmt, zu finanzieren. Das wäre eine Arbeitsteiligkeit, die dringend erforderlich ist, dass der Staat endlich seine Pflicht tut und die Freiheit und Kreativität, die Selbstverwaltung des Schulwesens stützt, bewahrt und schützt und sich heraushält aus sämtlichen Direktiven in Bezug auf Inhalte und Formen. Insofern hat dann erst die Schule die Möglichkeit, wirklich als Basisunternehmen der Kreativität und Freiheit ihre Aufgaben zu erfüllen, indem sie sie überhaupt erst erforscht und nicht so tut, als seien die Dinge alle bereits schon vollendet in

irgendwelchen Bestimmungen vorformuliert. Wir müssen ganz gründlich neu an die Schule herangehen, nämlich als eine Frage, wo Kreativität und Freiheit neu erforscht werden können, und dazu sind die Schulen Forschungsunternehmen. Sie müssen eine entsprechende Offenheit und die Möglichkeit haben, in Freiheit zu forschen und natürlich auch miteinander zu konkurrieren, damit die verschiedenen Möglichkeiten und Modelle sich überhaupt mal zeigen können. Denn sie sind heute unsichtbar, sie werden heute durch ein verstaatlichtes Unternehmen, zentralistisch mehr oder weniger in alter Manier, wie wir es in der DDR auch schon kannten, bearbeitet. Ganz einfach, das heißt, ausgerechnet das, die Zentralisierung, die jede Form von Kreativität eigentlich verhindert, ist das Prinzip, das unser Schulwesen heute immer noch bestimmt – und an dem Punkt müssen wir ansetzen. – Danke!

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Herr Stüttgen! – Ich eröffne jetzt die Aussprache mit der Möglichkeit für die Abgeordneten, auch Fragen zu stellen, und Frau Dr. Tesch hat als Erste das Wort. – Bitte, Frau Dr. Tesch!

Dr. Felicitas Tesch (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst positiv erwähnen, dass ich mich freue, dass die Volksinitiative sich das Recht erstritten hat, im Ausschuss Gehör zu finden. Wir haben uns alle schon mit Ihren drei Säulen auseinandergesetzt, wobei ich bei der Anhörung jetzt festgestellt habe, dass es sich nicht nur um drei grundsätzliche Forderungen Ihrerseits handelt, sondern um ein ziemliches Sammelsurium, also einen Strauß von Forderungen, die Sie aufstellen, die teilweise auch schon längst in der Schule umgesetzt wurden. Dennoch möchte ich einzelne Fragen an die hier Anzuhörenden stellen und beginne zunächst mit Herrn Wilhelmi, der hier ja gesagt hat, dass die Lehrerinnen und Lehrer selbst bestimmen sollen, was in der Schule passiert. Es soll keine Rahmenpläne mehr geben. Ich frage Sie, Herr Wilhelmi, wie wollen Sie dann gewährleisten, dass es vergleichbare Abschlüsse an den Schulen gibt, die zu einer Zugangsberechtigung nicht nur der Hochschule führen, sondern eben auch nach dem mittleren Schulabschluss gewisse Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnen und Ähnliches? Es ist also im Prinzip so, dass wir mit unserem neuen Schulgesetz bereits aus dem Jahr 2004 der einzelnen Schule viel mehr Freiheiten gegeben haben als vorher. Nur, Sie müssen bedenken, dass sie ja schließlich am Ende doch wissen, wo sie stehen und dass diese Abschlüsse auch vergleichbar sind und nicht nur in Berlin gelten, sondern in der ganzen Bundesrepublik und darüber hinaus bei der Freizügigkeit auch in ganz Europa.

Herr Graner, Sie haben hier gesagt: Wir wählen unsere Schülerinnen und Schüler nicht selbst aus an unserer Schule. Dann frage ich Sie, wie machen Sie es denn dann, wenn es mehr Anmeldungen gibt als Plätze?

Und ich habe hier auch einen kleinen Widerspruch bei Ihrem Beitrag zu Herrn Wilhelmi gefunden, weil Sie nämlich gesagt haben, dass Schulen in freier Trägerschaft dasselbe leisten wie öffentliche Schulen – und das bestreitet ja Herr Wilhelmi. Wie wollen Sie diesen Widerspruch auflösen?

Als Nächstes muss ich Ihnen noch sagen – es geht um die Wartefrist: Die haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode bei bewährten Trägern nämlich abgeschafft an dieser Stelle. Und Sie müssen doch konzedieren, dass bei Neugründungen, bei neuen pädagogischen Konzeptionen erst einmal geprüft werden muss, ob eben das neue Konzept auch kompatibel ist. Ich denke, diese Prüfung muss sich jeder, der eine Schule gründet, erst mal auch gefallen lassen.

Frau Ehrich hat in ihrem erfrischenden Beitrag ja hier auch eingestanden, dass die Schulen viel mehr Freiheiten haben, als sie teilweise wissen. Und jetzt muss ich doch an der Stelle mal eine ganz große Lanze für die an den öffentlichen Schulen beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer brechen, die sich teilweise sehr um neue pädagogische Konzeptionen bemühen, sich in Fort- und Weiterbildungen auch bewegen und da neue didaktische Konzeptionen lernen und sie auch weitergeben. Natürlich gibt es auch die anderen, keiner weiß das besser als ich, zumal ich auch noch selbst Lehrerausbildung betreibe. Aber wenn es noch veraltete Materialien gibt, dann gehen Sie doch als Schülerin auf die Kolleginnen und Kollegen zu und weisen Sie darauf hin, dass man da ja auch etwas anderes machen könnte.

Was aber die Lernpläne angeht: Lesen Sie sie doch bitte mal! Die Lernpläne sind nämlich alle neu. Sie weisen Schlüsselkompetenzen aus, und auch alle neuen didaktischen Erkenntnisse sind da eingearbeitet und werden auch in Lehrerfort- und -weiterbildungen gelehrt. Ich finde es nachgerade ironisch, Frau Ehrich, wenn Sie hier JüL anführen. Unser geliebtes JüL, das jahrgangsübergreifende Lernen oder auch die Schulanfangsphase ist doch gewollt. Die haben wir doch eingeführt. – [Zuruf von Mieke Senftleben (FDP)] – Ja, Frau Senftleben, genau! Danke für den Hinweis! Sie haben dagegen gewettert und gesagt, das sei alles so schrecklich und völlig falsch usw. Der Widerstand kommt doch gerade aus der FDP, die aber jetzt hier sagt, das sei alles ganz toll.

Frau Rasfeld als Schulleiterin wollte ich nur eine Frage stellen, nämlich wie sie ihre Lehrerinnen und Lehrer einstellt. Sie haben hier gesagt, dass Sie so einen guten Ruf genießen – ich gratuliere Ihnen dazu –, dass Sie 362 Anmeldungen für 75 Plätze haben. Ich wollte Sie fragen, wie Sie die Schülerinnen und Schüler auswählen.

Zu Herrn Stüttgen ersparen Sie mir bitte einen Kommentar! – Ich möchte nur ein Fazit ziehen: Uns sind auch die Schulen in freier Trägerschaft wichtig. Sie müssen im Übrigen schon jetzt gemeinnützig sein – was Sie in Ihrem Pamphlet fordern. Das sind sie schon. Sie dürfen auch nicht sondern, das steht im Grundgesetz. Aber die Schule ist weitgehend eine öffentliche Aufgabe. Es gibt eine Schulpflicht in diesem Land, und das ist auch gut so. Wenn Sie hier Holland anführen, das 75 Prozent aller Schulen in freier Trägerschaft hat, so muss ich Ihnen leider ein bisschen Wasser in den Wein gießen, denn Holland hat gemerkt, dass es nicht so ein tolles Modell ist und führt jetzt gerade Schulen in privater Trägerschaft wieder zurück in öffentliche Schulen.

Letztendlich, Frau Senftleben, wo wir doch alle so unhöflich sind, gestatten Sie mir noch eine Frage an Sie: Warum geben Sie jetzt schon eine Presseerklärung zu dieser Anhörung heraus, die noch nicht mal fertig ist? – Danke! – [Mieke Senftleben (FDP): Ich kann lesen!] –

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Frau Dr. Tesch! – Für die CDU hat Herr Steuer das Wort.

Sascha Steuer (CDU): Ich will versuchen, mich an die fünf Minuten zu halten, die auch den Anzuhörenden eingeräumt wurden. – Ich finde zunächst einmal sehr gut, dass auch außerhalb des Tagesgeschäfts und vielleicht der ausgetretenen Bahnen und Pfade in der Bildungspolitik mit dieser Volksinitiative unkonventionelle Ansätze bzw. auch nur eine andere Wortwahl in das eine oder andere Thema hineinkommen. Ich finde, langfristig Dinge zu denken, die vielleicht kurzfristig nicht umgesetzt werden können, gut und genauso wichtig wie, dass wir uns um die aktuellen praktischen Probleme kümmern. Dass das offensichtlich auch jenseits einer konkreten persönlichen Betroffenheit viele Berlinerinnen und Berliner so sehen, sieht man an den vielen Tausend Unterschriften, die hierfür zustande gekommen sind.

Ich möchte zu den drei Punkten kurz und knapp etwas sagen. Den ersten Punkt, die pädagogische Freiheit der einzelnen Schule weiterzuentwickeln, finde ich auch wichtig. Ich finde auch, dass sich der Staat mittelfristig zurückziehen sollte auf die Definition einheitlicher Leistungsstandards und deren Kontrolle. Wenn gleichzeitig auch sichergestellt ist, dass die Schulen in die Lage versetzt werden, diese auch zu erreichen, indem sie genügend Mittel und Personal dafür haben, dann geht es letztlich nur noch darum, gleiche Tests und Klausuren und das gleiche Abitur zu haben, meinestwegen auch in ganz Deutschland. Jede Schule muss sich daran messen lassen, was sie unternimmt, um die Leistungen ihrer Schüler, die dann einheitlich vergleichbar sind, besser zu machen.

Zu dem zweiten Punkt, der gleichberechtigten Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft und der öffentlichen Schulen: Man muss es so sehen, im Grunde genommen werden ja gar keine Schulen bezuschusst – ich finde immer, das ist eine schräge Debatte –, sondern der einzelne Schüler ist uns doch gleich viel wert, völlig unabhängig davon, an welche Schule er geht. Wenn ein Elternpaar entscheidet, dass sein Kind nicht auf eine staatliche Schule gehen soll, sondern auf eine freie Schule, dann verändert sich dadurch der Schüler doch nicht. Insofern finde ich es richtig, wenn man mittelfristig anstrebt, dass alle Schulplätze gleichermaßen bezuschusst werden sollen. Es ist auch richtig, in diesem Zug darüber nachzudenken, wie die Wartefrist für Schulneugründungen verkürzt werden kann. Das eine ist, dass die anerkannten Träger nicht so lange warten

müssen. Aber auch für einen neuen Träger und eine neue Elterninitiative beispielsweise ist es kaum machbar, sechs Jahre lang durchzuhalten, wenn sie eine Grundschule gründen, bevor sie die ersten Zuschüsse bekommen. Das ist eine so enorme Hürde, dass man sich das kaum vorstellen kann. Deshalb wäre es auch richtig, dass die Wartezeit für nicht anerkannte Träger deutlich verkürzt wird. Ich erwarte im Übrigen keinen wahnsinnigen Boom von Neugründungen freier Schulen. Zurzeit ist die Situation ja auch so: Was wir als Boom wahrnehmen, bewegt sich zwischen 1 und 1,5 Prozent über mehrere Jahre. Ich glaube nicht, dass wir Angst haben müssen, dass die staatlichen Schulen ausbluten, weil es dann ganz viele Neugründungen freier Schulen gibt. Das glaube ich nicht. Ich finde aber, mehr Gleichberechtigung hier wäre eine richtige Sache.

Zu dem dritten Punkt, der eigenverantwortlichen Schule: Da bin ich ganz bei der Volksinitiative. Wir haben auch in der Vergangenheit verschiedene Modelle und Projekte gehabt, in denen nachgewiesen wurde, dass, je mehr Eigenverantwortung die einzelne Schule hat, desto besser auch die Steuerung dort funktioniert, es eine höhere Identifikation auch des Lehrkörpers mit der eigenen Schule gibt und eine professionelle Schulleitung, nach dem Vorbild eines kleinen Unternehmens handelnd, auch besser funktioniert als eine Schulleitung, die sich quasi als abhängig eingesetzt empfindet. Ich finde, dass wir das, was wir mit der Personalkostenbudgetierung begonnen haben, fortsetzen müssen und der einzelnen Schule wesentlich mehr Mittel zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung stellen müssen. Zurzeit wird ja darüber diskutiert, dass PKB besser wieder abgeschafft werden sollte. Das liegt aber meiner Auffassung nach nicht an der Idee der Personalkostenbudgetierung, sondern an der Tatsache, dass die Lehrer nicht zur Verfügung stehen, die damit von der einzelnen Schule eingekauft werden könnten. Wenn dann also auch die Personalhoheit an die Schule ginge und somit auch von der Schulleitung selbst die Mittel ausgegeben und Lehrer eingestellt werden könnten, dann wäre das, glaube ich, ein richtiger Weg.

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Herr Steuer! – Herr Mutlu, bitte!

Özcan Mutlu (Grüne): Ich gratuliere Ihnen zunächst einmal und beglückwünsche Sie zu diesem Erfolg. Sie haben ein Novum geschaffen. Das hatten wir noch nie in diesem Haus, dass eine Volksinitiative so erfolgreich in kürzester Zeit 29 000 Unterschriften sammelt und ein Anhörungsrecht hier bekommt. Wir haben als Partei und als Fraktion das Ansinnen der Initiative unterstützt, hier sprechen zu können, und Sie sollen es auch, um auf Ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Ich möchte jetzt zu den drei Säulen zurückkommen, die Sie in Ihrem Papier festhalten und heute in Ihren Ausführungen zur Sprache gebracht haben. Zunächst zur pädagogischen Freiheit: Selbstverständlich sollte man vor allem nach den diversen Desastern, die wir in den letzten Jahren erlebt haben – sei es PISA, sei es IGLU oder wie die internationalen Studien alle heißen –, schon den Schritt wagen, Schulen und vor allem dem pädagogischen Personal, das vor Ort ist und am besten weiß, was für die Schülerinnen und Schüler das Beste ist, mehr Freiheiten zu geben. Da gibt es keinen Dissens. Dennoch muss ich unterstreichen, dass es ohne staatlichen Einfluss oder Kontrolle, zumindest was die Rechtsaufsicht angeht, nicht gehen wird. Irgendwie muss das mitgesteuert werden, auch hinsichtlich der Standards, die festgelegt werden und die einheitlich sein müssten. In Beliebigkeit darf das nicht ausarten.

Zu der zweiten Säule, was die Finanzierung betrifft, kann ich auch sagen, dass wir weitestgehend Ihre Vorstellung teilen. Uns ist es in diesem Hause bedauerlicherweise nicht gelungen, in den letzten Jahren zu einem fairen, transparenten und gerechteren Finanzierungsmodell für Schulen in freier Trägerschaft zu kommen. Es ist nicht gelungen herauszufinden, wie viel ein Schüler kostet, damit vergleichbare Vollkosten berechnet werden könnten. Daher ist hier selbstverständlich etwas zu tun, damit Schulen in freier Trägerschaft nicht zu Privatschulen ausarten, nicht zu Schulen werden, die sich dann nur die Betuchteren leisten können. Wir stellen uns als Partei, als grüne Fraktion vor, dass man sich an den vergleichbaren Vollkosten orientiert und dann auch bei Schulen in freier Trägerschaft in besonderen Lagen – sei es, dass sie viele Schülerinnen und Schüler aus Hartz-IV-Familien haben, sei es, dass sie viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund aufnehmen – dieser Mehraufwand – in Anführungsstrichen –, den sie haben, bei der Finanzierung der Schule oder des einzelnen Schülers bzw. der einzelnen Schülerin berücksichtigt wird.

Was die selbstständige Organisation betrifft, muss ich hier aber bedauerlicherweise unterstreichen, dass viele Möglichkeiten, die das jetzige Schulgesetz bereits bietet, von der staatlichen Schule, teilweise aber auch von Schulen in freier Trägerschaft nicht vollständig genutzt werden. Da ist sicherlich noch mehr zu tun. Für uns ist in diesem Zusammenhang aber wichtig, den Schulen auch, was das Monetäre betrifft, mehr Freiheiten zu

geben. Wir fordern schon lange, dass Schulen ein gewisses Budget übergeben wird für Schulsozialarbeit, kulturelle Bildung oder den Einsatz von Externen und Ähnlichem. Schule ist nicht nur ein Ort für Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer. Schulen sollen ein Budget bekommen, das sie selbst verwalten und für externes Personal einsetzen können. Dies müssen sicherlich nicht immer Pädagogen sein, es kann aber mit anderen Ideen und Ansätzen eine Schule bereichern.

Wir sind auch der Meinung, dass Schule mehr Gestaltungsspielräume hinsichtlich der Einstellung von Personal bekommen sollte. Zurzeit ist es so, dass schulscharf ausgeschrieben wird und Schulen im Benehmen mit der Senatsschulverwaltung als oberster Dienstherrin die Einstellung vornehmen. Man könnte durchaus den Schulen dort mehr Freiheiten geben.

Als Letztes möchte ich aber etwas hinsichtlich der staatlichen Schulen sagen: Ich habe das Gefühl, dass alles, was Sie hier aufzählen an pädagogischer Innovation, Fortschritten und Entwicklung – so hört man das bei Ihnen heraus – an staatlichen Schulen nicht möglich ist. Dem ist nicht so. Es gibt viele staatliche Schulen, die trotz vieler Widrigkeiten und Schwierigkeiten hervorragende Arbeit leisten. Z. B. sitzt hier eine Schülerin einer staatlichen Schule, die sich äußert. Das finde ich sehr gut. Daher sollten wir nicht alles verteufeln, was in der staatlichen Schule passiert. Wir sollten uns alle gemeinsam bemühen, auch der staatlichen Schulen weitestgehende Freiheiten einzuräumen. Aber das darf nicht zulasten bestimmter Schichten und nicht zulasten der Bildungserfolge der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers gehen. Ich wünsche Ihnen viel Glück bei Ihrem weiteren Einsatz und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit. Ich hoffe, in einer anderen Konstellation kann man vielleicht auch ohne Volksinitiative Veränderungen in der Berliner Schullandschaft vornehmen.

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Zillich.

Steffen Zillich (Linksfraktion): Auch Volksinitiativen sind Anlass zum Wahlkampf. – Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will am Anfang betonen – nicht weil es ein Ritual ist, sondern weil es mir wichtig ist –, dass ich persönlich sehr froh bin, dass wir die Gelegenheit haben, uns hier mit einer Volksinitiative auseinanderzusetzen. Wir wollten mehr Demokratie, wir wollten auch dieses wichtige demokratische Recht, nämlich das Befassungsrecht im Parlament, das Recht, das Parlament mit Anliegen zu befassen, für mehr Bürgerinnen und Bürgern einfacher erreichbar machen. Dass dies jetzt so stattgefunden hat, macht mich sehr froh. Deswegen will ich auch diese Anhörung und dieses Anliegen sehr ernst nehmen. Es liegt in der Natur der Sache, dass daraus nicht sofort eine Zustimmung wird, aber Sie hatten zumindest die Gelegenheit, für Ihr Anliegen an dieser Stelle zu werben. Vieles davon sind Argumente, die ich z. T. teilen kann. Die Frage ist, welche Konsequenzen man daraus zieht. Manches kann ich auch gar nicht teilen. Aber das ist dann eben so, wenn man aus unterschiedlichen Perspektiven heraus agiert. Aber ich will jetzt gar nicht so viel bewerten – wir sind ja in der Anhörung –, sondern Ihnen ein paar Fragen stellen. Vorweg will ich Ihnen aber sagen, was für mich die Herangehensweise an dieses Thema ist.

Für mich und für meine Partei ist Bildung ein Menschenrecht. Ich halte es für eine öffentliche, ja für eine staatliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass jedes Kind – in diesem Falle – dieses Menschenrecht verwirklichen kann, und zwar unabhängig davon, ob die Eltern in der Lage sind, dies besonders zu unterstützen oder nicht. Das ist die Herangehensweise, vor der wir stehen. Wir wissen, dass wir in unserer Schullandschaft von einer Verwirklichung, gar von einer gleichen Verwirklichung dieses Menschenrechts noch einigermaßen entfernt sind. Das hat verschiedene Gründe. Das hat soziale Gründe, strukturelle Gründe, auch Gründe in der Verfasstheit des Bildungswesens selbst. Deswegen befinden wir uns ja gerade im Prozess der Veränderung auch dieses öffentlichen Schulwesens. Die Frage, die sich nunmehr an dieser Stelle stellt, wenn ich mir Ihr Anliegen angucke, nämlich zu sagen: Die Art und Weise, wie Bildung, wie Schule organisiert ist, die staatlichen Vorgaben dafür, heben wir weitestgehend auf. Wir heben eine Schulträgerschaft weitestgehend auf, wir heben Vorgaben weitestgehend auf, wir finanzieren alles, was sich selbst Schule nennt – nach ein paar Kriterien natürlich – gleich – ist: Können wir davon ausgehen, dass auf diesem Markt der Bildungsmöglichkeiten alle gleichermaßen in der Lage sind, sich das ihnen passende Angebot zu wählen? Oder gibt es nicht genau dabei Unterschiede? Das ist die Frage an Ihr Modell. Vielleicht können Sie dazu alle etwas sagen. Ist das nicht genau die Schwierigkeit, die wir im Moment bei freien Schulen haben? Meines Erachtens ist das übrigens unabhängig von der Intention, die die Gründer von freien Schulen haben. Die soziale Auslese findet dort statt, man kann sie statistisch festmachen. Ich weiß auch, dass die Betreiber von freien Schulen das zum

großen Teil nicht wollen, aber sie findet statt. Meines Erachtens findet sie nicht so sehr deswegen statt – das ist auch ein Argument –, weil das Schulgeld erhoben wird, sondern vor allem deswegen, weil sich dort die Eltern sammeln, die sich um die Bildung ihrer Kinder kümmern. Die Frage ist also: Wie vermeiden wir in einem Modell, das Sie beschrieben haben, die Situation, dass wir diejenigen, die eben nicht in der Lage sind, sich um die Bildung ihrer Kinder zu kümmern, an den Rest von Schulen, die dann irgendwie noch bestehen, verweisen? Ich bin der festen Überzeugung, dass wir für jedes Kind dieses Menschenrecht verwirklichen können, und zwar unabhängig von der Fähigkeit der Eltern, es dabei zu unterstützen. Daraus folgt für mich: Wir haben die öffentliche und staatliche Aufgabe, jede Schule tendenziell in die Lage zu versetzen, alle Kinder so zu fördern, dass sie zum bestmöglichen Lernfortschritt kommen.

Ich schließe eine Frage an: Würde das bedeuten – frage ich insbesondere diejenigen, die sich als Vertreter freier Schulen sehen –, dass Sie bei einer solchen gleichen Finanzierung und bei gleicher Freiheit auch auf das Privileg freier Schulen verzichten wollen, eben nicht eingeordnet zu sein in ein staatliches oder öffentlich organisiertes System der Zuweisung von Kindern an Schulen? Würden Sie sich dann beispielsweise in ein System von Schuleinzugsbereichen in der Grundschule einordnen, weil genau an dieser Stelle sich ja die Frage aufwirft? Ich weiß, dass eine solche Vorgabe mit dem Status der freien Schulen, wie sie jetzt sind, nicht vereinbar wäre. Aber es geht ja auch nicht um den Status der freien Schulen, sondern um ein Modell, das Sie an dieser Stelle vorschlagen. Ich weiß, dass wir unsere Schulen inhaltlich verändern müssen, und viele staatliche Schulen machen sich auf den Weg. Es geht eben genau darum, wegzukommen von einer Situation, die davon ausgeht, dass alle Kinder, orientiert an den gleichen durchschnittlichen Maßstäben, in der gleichen Zeit im gleichen Raum in der gleichen Art und Weise das Gleiche lernen. Diese Situation kann nicht funktionieren. Wir müssen dazu kommen, dass Kinder individuell auf ihren Wegen den bestmöglichen Lernfortschritt erreichen. Ich finde die Punkte, die Frau Ehrich genannt hat, absolut sinnvoll. Wir brauchen eine andere Kultur von Leistungsbewertung. Das stimmt. Wir müssen fächerübergreifend arbeiten können. Das stimmt. Wir müssen jahrgangsübergreifend arbeiten können. Das stimmt. Wir müssen auch die Möglichkeit haben, bestimmte Abschlüsse zu unterschiedlichen Zeiten zu erreichen. Auch das stimmt. Das sind im Übrigen alles Möglichkeiten, die die Integrierten Sekundarschulen haben und die insbesondere auch die Gemeinschaftsschulen haben. Genau dies ist dort möglich. Wir wollen, dass es dort möglich ist, und wir wollen vor allen Dingen Bedingungen schaffen – das ist nicht einfach –, dass eine solche Veränderung der Kultur an dieser Stelle stattfindet. Aber sie findet eben auch an öffentlichen Schulen statt. Das ist ein langsamer Prozess, aber wir müssen den befördern.

Ich würde gern herausfinden wollen, was Sie jenseits der Frage der Selbstorganisation einer Schule vorschlagen, wie wir das System von Schule, das wir haben und vorfinden, in diesem Sinne weiterentwickeln können. Ich verkürze jetzt ein bisschen. Nehmen Sie mir das nicht übel!

Vorsitzende Christa Müller: Herr Zillich! Sie müssen ganz stark verkürzen und zum Ende kommen. Sie sind weit über die fünf Minuten, zu denen sich auch die Abgeordneten verpflichtet hatten.

Steffen Zillich (Linksfraktion): Ja, ich führe diesen Punkt noch schnell zum Ende. – Mir kommt es verkürzt so vor, dass Sie sagen: Gebt den freien Schulen bessere Bedingungen, und dann wird der Wettbewerb um gute Schulen schon das Seine tun. – Ich bin skeptisch, dass das an dieser Stelle so stattfinden kann. Es geht nach wie vor darum, die öffentliche Schule zu verändern. Das ist die Herausforderung, der wir uns an dieser Stelle stellen wollen. Ich habe noch ein paar Fragen, die mache ich in der nächsten Runde.

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank! – Frau Senftleben, bitte!

Mieke Senftleben (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir zunächst einmal herzlichen Dank an unsere Gäste! Auch ich habe mich gefreut über die Anhörung heute. Aber ich möchte deutlich herausstellen, dass es alle Fraktionen waren, die gesagt haben: Wir möchten Sie gern heute anhören.

Frau Dr. Tesch! Sie haben mich eben gefragt, warum die FDP-Fraktion schon eine Pressemitteilung herausgegeben habe. Das kann ich Ihnen genau sagen: Ich kann nämlich lesen. Hier stehen die drei Kernpunkte, die drei Thesen, die drei Säulen, wie Herr Wilhelmi sie genannt hat, dieser Initiative „Schule in Freiheit“. Wir haben diese Initiative als FDP-Fraktion von Anfang an unterstützt, weil wir sehen, das ist der richtige Weg.

Das müssten Sie wissen, denn wir haben auch bezüglich dieser Geschichte Anträge gestellt, verehrte Frau Kollegin, und zwar schon vor geraumer Zeit, und haben eine gleichmäßig Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft und öffentlichen Schulen gefordert und gesagt, dass wir den Schülerkostensatz einführen wollen, um mehr Transparenz zwischen diesen herzustellen, damit es überhaupt möglich wird. Dieser Antrag wurde leider abgelehnt. Wir haben auch das Thema „Mehr Eigenverantwortung für die Schulen“ als liberale Partei selbstverständlich zu unserem Thema gemacht und viele Anträge gestellt, die leider abgelehnt wurden, ob „Personalentscheidungen auf die Schule übertragen“, ob „Mehr Flexibilität bei der Personalkostenbudgetierung“ usw. Wir haben auch den Senator um die Umstellung auf Schülerkostensätze gebeten und das schon 2007, und der Senator sieht sich nicht in der Lage, ein solches Finanzierungssystem vorzulegen. Das sind die Tatsachen – das vorweg.

Warum unterstützen wir die Initiative? – Weil hier ein neuer Geist entsteht, weil hier – wie Frau Rasfeld es so schön gesagt hat – eine neue Haltung dargelegt wird. Es ist die Haltung, dass der Staat sicherlich – dazu stehen wir, das sage ich ganz deutlich – Bildung als Kernaufgabe sieht. Selbstverständlich! Das habe ich nie bestritten, im Gegenteil, das setze ich immer voraus. Das ist Kernaufgabe des Staats und bleibt es auch. Es ist nur die Frage: Wie geht er damit um? Wie muss er den Rahmen setzen, um diese Kernaufgabe zu erfüllen? – Da ist selbstverständlich die Finanzierung eine entscheidende Frage, und wenn wir über Schulgutscheine oder Schülerkostensätze Schulen finanzieren, ist hier der wesentliche Schritt getan. Ich gebe zu, für mich gibt es weitere Schritte. Ich bin auch mit Teilen der Kollegen einverstanden, dass wir uns schon die Frage stellen müssen: Wie sieht es aus mit den Bildungsstandards? – Frau Ehrich! Sie sagten – ich habe Sie so verstanden, vielleicht war es etwas überzogen –, wir brauchen eigentlich gar nichts. Wir müssen auf das reagieren, was Schüler und Lehrer wollen. – Sie haben, glaube ich, auch gesagt – oder Herr Wilhelmi, das waren Sie –, dass es mehrere Schulabschlüsse geben müsse, dass die Hochschulen auch nach anderen Wegen suchen müssten, sich ihre Studierenden auszusuchen. Das halte ich für problematisch. Auch wir sehen hier eine gewisse Basis an Kompetenzen, die vermittelt werden muss, und an Zielen, die erreicht werden müssen. Eine Mindestvergleichbarkeit sehen wir hier auch als ausgesprochen wichtig an. Dazu hätte ich gern noch mal Ihre persönliche Stellungnahme.

Für mich sind solche Dinge wie das dauernde Wiederholen, dass Schulen hier in Berlin viel mehr Freiheit haben, als ihnen zugestanden wird – – Ich möchte ein bisschen Wasser in diesen Wein gießen. Das Thema Personalkostenbudgetierung ist angesprochen worden, das ist zurückgenommen worden. – Frau Dr. Tesch! Sie haben das Thema JüL wieder auf den Tisch gepackt. Sie haben nicht verstanden, was eigenständige Schule meint. Es meint nämlich, dass JüL nicht, von oben herab verordnet, alle einführen müssen, sondern dass die Schulen selber entscheiden können, ob sie es einführen wollen. Und damit meine ich nicht eine Person, die Schulleitung, sondern damit meine ich die gesamte Schulgemeinschaft. Das verstehen, glaube ich, Sie, das verstehe ich unter eigenständiger, eigenverantwortlicher Schule durch selbständige Organisation von Schule. Das ist richtig. Wie sieht es aus mit der Verbeamtung von Lehrern? Verträgt sich das mit eigenverantwortlicher Schule? – Meines Erachtens überhaupt nicht! Diese Frage ist ja virulent, die wird wieder diskutiert in der Stadt. Da eiern ja auch meine Kollegen rum. Da müssen wir doch klare Kante zeigen und sagen: Njet! So geht es nicht. Wir müssen mit anderen Wegen Lehrer anreizen, hier nach Berlin zu kommen. – Also: Diese angebliche Freiheit, die Schulen hier haben, gibt es nicht. Sie werden nach wie vor gegängelt. Es wird zentralistisch gearbeitet. Ich nenne nur das Thema Personaleinstellung. Es obliegt nicht den Schulen, selber auszuschreiben, wie es hier zu Recht gefordert wird, sondern es gibt nach wie vor die zentrale Zuweisung.

Vielleicht noch ein typisches Zeichen, dass wir die Schulen auch animieren müssen, mehr zu tun, denn sie haben ja in der Tat durch das neue Schulgesetz etwas mehr Freiheit. Aber ich frage mich: Tut der Senat genug, dieses auch mehr zu provozieren? – Die Aufnahmekriterien für die Oberschule: Dass dort eine von sechs Schulen das Profil als ein Kriterium nimmt, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Das zeigt, dass das Verständnis von eigenverantwortlicher Schule oder den geringen Mut, den Schulen haben, nicht nach diesem System zu verfahren und nicht nur den Notendurchschnitt zu nehmen, sondern hier auch ganz klar zu sagen: Für uns ist das Profil auch wichtig. – Das ist auch justiziabel. Man kann es justiziabel machen. Das kann man daran sehen, dass es einige Schulen durchführen. Insofern ärgere ich mich schon, dass Sie zwar sagen, im Gesetz ist alles möglich, aber dass Sie zu wenig dafür tun, dass Schulen auch so agieren. – Für's Erste genug! Danke!

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank! – Herr Oberg, bitte!

Lars Oberg (SPD): Vielen Dank! – Zunächst möchte ich mich bedanken, dass Sie sich unseren Fragen, auch unseren kritischen Fragen stellen, und möchte gern sofort mit meinen Fragen loslegen, damit Sie auch noch genug Zeit bekommen, unsere vielen Fragen zu beantworten. Als Erstes hätte ich eine Frage zum Thema Anerkennung von Abschlüssen. Sie haben darauf verwiesen, dass Sie Qualitätsstandards als erlässlich betrachten.

Kurt Wilhelm („Schule in Freiheit“): Entschuldigung! Darf ich mal fragen. Wir hatten vom Ablauf her gedacht, dass wir – –

Lars Oberg (SPD): Entschuldigen Sie bitte! Die Vorsitzende regelt den Ablauf! Ich habe das Wort.

Kurt Wilhelm („Schule in Freiheit“): Ich habe nur eine Frage zu dem Ablauf. – Frau Müller! Ich dachte, jetzt wären wieder die Vertrauenspersonen dran und dann die Ausschussmitglieder.

Christa Müller (SPD): Über die Reihenfolge der Wortmeldungen entscheide ich. Es liegen noch Wortmeldungen vor, und Sie werden dann auch, wenn Sie an der Reihe sind, zu Wort kommen, Herr Wilhelm!

Lars Oberg (SPD): Ich fände es nett, wenn Sie sich unseren Fragen stellen, wie ich es auch sagte, und wäre dankbar, wenn ich als Abgeordneter Ihnen hier auch Fragen stellen dürfte.

Kurt Wilhelm („Schule in Freiheit“): Es war nur anders abgesprochen. Deswegen frage ich noch mal.

Lars Oberg (SPD): Ich versuche, es kurz zu machen. – Also erstens zur Frage der Anerkennung von Abschlüssen: Sie halten Qualitätsstandards für erlässlich. Wie soll aber mit dem Problem umgegangen werden, dass ein Schulabschluss in der Regel dazu führt, dass jemand bewerbungsberechtigt ist in weiteren Bildungsinstanzen? Was haben also Schüler davon, wenn Sie einen Abschluss machen an einer Schule, der ihnen aber außerhalb oder innerhalb der Landesgrenzen Berlins die Tür zum nächsten Bildungsweg, z. B. zur Hochschule, nicht öffnet?

Zweite Frage: Wie gehen Sie mit dem Problem um, Eltern zu informieren? Bislang wissen Eltern ungefähr, was sich in dem Gebäude befindet, an dem „Schule“ steht, und was dort stattfindet. Wenn es keine gemeinsamen Standards mehr gibt und es künftig eine freie Entscheidung der jeweiligen Schule ist, was man im Rahmen der Beschulung macht, wie sorgen Sie dafür oder wie glauben Sie, dass es klappen kann, dass Eltern eine Chance haben, sich ein adäquates Bild davon zu machen, was eigentlich in der Schule X, Y oder Z stattfindet? Wie, glauben Sie, kann man da Entscheidungen so treffen, dass am Ende nicht sehr viel Unglücklichkeit entsteht?

Die dritte Frage bezieht sich darauf, dass Sie sagten, es solle eine Möglichkeit für jeden geben, eine Schule anzubieten. Soll es aus Ihrer Sicht künftig keine staatliche Anerkennung von Trägern mehr geben? Darf also jeder eine Schule aufmachen? Würde das dann auch für Scientology gelten?

Eine vierte Frage: Soll sich der Staat auch aus der Lehrerbildung heraushalten, und zwar vollständig? Die Frage wäre dann: Wo organisieren wir das, oder ist das Sache der Schule, darüber zu entscheiden, wer lehrbefähigt ist, und es gibt gar kein allgemeines Kriterium mehr, was ein Lehrer können muss, damit er als Lehrer arbeiten darf?

Ich gebe offen zu, dass ich einer Entstaatlichung des Schulsystems sehr skeptisch gegenüberstehe. Ich glaube auch nicht an ein Ordnungsprinzip des Wettbewerbs, der quasi marktähnlich dafür Sorge trägt, dass innerhalb der Schulen schon alles seinen rechten Gang geht. Wir stellen fest, dass das noch nicht mal in der Sphäre der Wirtschaft klappt, wo der Wettbewerb ein wesentlicher Aspekt ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das, was an Finanz- oder anderen Märkten nicht klappt, in der Schule klappen könnte.

Eine These möchte ich nicht unwidersprochen im Raum stehen lassen. Herr Wilhelmi! Sie haben zu Beginn gesagt, nur eine freie, eine mündige Schule – ausdrücklich keine staatliche Schule – kann mündige Schüler hervorbringen. Diese These finde ich angesichts des Umstands, dass Frau Ehrich neben Ihnen sitzt, reichlich steil.

Vorsitzende Christa Müller: Frau Schillhaneck, bitte!

Anja Schillhaneck (Grüne): Vielen Dank! – Ich möchte mich auf zwei Bereiche konzentrieren. Mich würde interessieren, wie Sie an den Schulen in freier Trägerschaft, sofern Sie mehr Nachfrage nach Schulplätzen bei sich haben, für sich selbst auswählen. Ich kenne mehrere Schulen, die sich große Mühe geben zu versuchen, Engagement, soziale Mischung usw. gut abzubilden. Wie gehen Sie selbst mit dieser Herausforderung um? Ich habe durchaus mitbekommen, dass das Ansinnen, möglichst allen gute Schule zugänglich zu machen, bei all den Widersprüchen, die Sie innerhalb Ihrer Gruppe gerade sehr repräsentativ gezeigt haben, ein vermittelnder Punkt ist. Wie gehen Sie damit in der konkreten Situation jeweils um? Was sind die Kriterien? Wie lösen Sie das Problem, das auch ein moralisches ist, für sich?

Das andere ist: Ich teile voll und ganz die Kritik an der „Vergleicheritis“, die immer früher anfängt, und an der Orientierung daran. Ich sage das als studierte Erziehungswissenschaftlerin. Man sieht die Effekte. Es gibt dann ganz schnell das „teaching to the test“. Das kann überhaupt nicht in unserem Interesse sein. Das hat nichts mehr damit zu tun, was wir eigentlich von Schule im Sinne des § 1 unseres Schulgesetzes als großen Auftrag wollen. Die kritische Nachfrage: Muss es denn, um davon wegzukommen, gleich sein, dass man sämtliche Qualitätsmaßstäbe fallenlässt? Habe ich dann nicht viel mehr irgendwann auch das Problem, dass es bei entsprechender Ausdifferenzierung der Schullandschaft dann doch wieder die geben wird, die die Zeit, das Geld und die Kompetenz haben, herauszufinden: Was ist denn eine gute Schule? Was ist eine Schule mit welchem Profil? Und die, die es eben nicht haben und nehmen müssen, was vor ihrer Haustür, an der nächsten Straßenecke ist oder wo es auf dem Schulhof oder auf dem Spielplatz heißt: Dahin kannst du dein Kind geben. Wie ist denn Ihre Antwort auf das Dilemma, das Sie, glaube ich, durch eine komplette Abschaffung sämtlicher Qualitätsstandards deutlich erzeugen würden? Die können wir so nicht mittragen, bei aller Kritik an der „Vergleicheritis“. Ich glaube, das geht ein Stück zu weit.

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Frau Schillhaneck! – Frau Harant und Herr Mutlu stehen noch auf meiner Redeliste. – [Zuruf von Mieke Senftleben (FDP)] – Frau Senftleben! Das war mir von der Sache klar. Dann Sie auch noch. – [Mieke Senftleben (FDP): Ich ziehe zurück] – [Özcan Mutlu (Grüne): Das geht so nicht!] – Herr Mutlu! Sie sind nicht das erste Mal im Ausschuss. Es haben immer alle Abgeordneten die Gelegenheit, auch weitere Fragen zu stellen, als Erstes die Fraktionsrunde nach der Stärke der Fraktionen. – Meine Herren und Damen! Ich bitte, Sie von den Beifallsbekundungen Abstand zu nehmen! – [Zurufe] – Es wird nachher gefragt. – Herr Wilhelmi! Sie eröffnen die Runde wieder.

Kurt Wilhelmi („Schule in Freiheit): Ja, ich beginne gern. Ich will nur sagen: Wir hatten es so abgesprochen, dass die Sprecherrunde stattfindet, dass dann die Vertrauenspersonen wieder zu Wort kommen und in

der nächsten Fragerunde alle Abgeordneten zu Wort kommen und zum Schluss noch mal die Vertrauenspersonen.

Ich möchte gern zwei Fragen ansprechen, die eine war von Frau Tesch, und möchte Sie persönlich beantworten. Also, es ist meine Sichtweise. Und zwar möchte ich mich gar nicht dagegen aussprechen, dass es im Schulwesen so etwas wie pädagogische Konzepte gibt. Die sind natürlich wichtig und notwendig. Ich spreche mich auch nicht gegen Lehrpläne aus oder dagegen, dass es Prüfungen und Abschlüsse gibt. Ich kritisiere die Tatsache, dass es nur eine hauptsächlich anerkannte Art des Abschlusses gibt. Das ist nämlich das Abitur, wenn es um den Zugang zur Hochschule geht. Ich möchte mich vielmehr für neue Formen von Abschlüssen aussprechen, auch neue Formen von Prüfungen, von Aufgabenstellungen, an denen die Schüler wachsen können, an denen sie sich und ihre Fähigkeiten entwickeln können. Da muss man einfach auch den Raum dafür geben, dass sich solche Prüfungsformen entwickeln und etablieren können, dass man auch an der Uni studieren kann, wenn man eine bestimmte Art von Abschluss gemacht hat. Also, man muss, um solche Abschlüsse zu entwickeln, auch neue Formen von Qualitätsbeurteilung ausprobieren, lernen und entwickeln. So kann ich mir vorstellen, dass es neben dem Abitur auch andere Abschlüsse gibt, mit denen man die Zugangsberechtigung zur Hochschule hätte. Man könnte es ja den Hochschulen freistellen, welche Abschlüsse sie anerkennen. Sie würden zum Beispiel das Abitur anerkennen, sie würden vielleicht einen Montessoriabschluss anerkennen, sie würden vielleicht einen Waldorfabschluss anerkennen, und wenn Schüler kommen, die keinen dieser vier oder fünf Abschlüsse haben, die von der Hochschule anerkannt werden, dann könnte die Hochschule diese Schüler über eine Aufnahmeprüfung oder über ein Probejahr aufnehmen. Man müsste es den Hochschulen freistellen, diese Wege zu entwickeln, welche Abschlüsse sie anerkennen, wie sie die Studenten aufnehmen möchte. Die Frage der Freiheit ist auch für die Hochschulen wichtig.

Die zweite Frage ist die von Herrn Zillich. Mein Eindruck ist, dass Ihre Sorge nicht ganz so berechtigt ist, wie Sie sie vielleicht empfinden. Es geht um das Problem der Restschulen, das Sie ansprechen, dass eben Kinder auf Schulen übrig bleiben von Eltern, denen es egal ist, auf welche Schule das Kind kommt. Da haben wir beim Unterschriftensammeln ganz andere Erfahrungen gemacht, zum Beispiel im Wedding, wo viele türkische Eltern unterschrieben haben – bei der Volksinitiative dürfen auch Nichtdeutsche unterschreiben –, die sich sehr viel Sorgen über die Schulen, über den Zustand der Schulen gemacht haben, auf welche Schule das Kind kommt und über die Verhältnisse, die in den Schulen bestehen. Also, solche Eltern, die oft ärmer sind, von denen man eher das Vorurteil hat, denen ist es doch egal, sind sehr wohl sehr um ihre Kinder besorgt, dass sie eine gute Entwicklung nehmen, gern auf die Schule gehen und sich in den Schulen gut entwickeln. Nicht nur von der Elternseite möchte ich Ihnen da entgegenkommen und sagen: Man muss sich, glaube ich, nicht so viele Sorgen machen, weil die Eltern ja ein Herz für ihre Kinder haben und natürlich wollen, dass die Schule gut ist. So muss man sich, glaube ich, auch weniger Sorgen um die Schulen in freier Trägerschaft machen.

Beispiele: Es gibt in Mannheim eine interkulturelle Schule in freier Trägerschaft, die in einem Stadtteil arbeitet, in dem sehr viele arme Familien leben und die sehr viele ausländische Kinder hat. Es spricht sich herum – Mund-zu-Mund-Propaganda –: Das ist eine tolle Schule. Da gehen die Kinder gern hin. – Die Eltern haben entsprechend große Nachfrage, und die Warteliste ist lang. Diese Schule kann nur arbeiten – das ist eine interkulturelle Schule in freier Trägerschaft –, weil eine Stiftung mitfinanziert. Ich weiß auch von Berlin, dass es Interesse gibt, dass Schulen in freier Trägerschaft in die sozialen Brennpunkte hinein und dort arbeiten wollen. Das ist ja gerade das interessante Feld. Gerade in dem Feld ist auch die freie Initiative so wichtig. Damit die Schulen in freier Trägerschaft so eine Arbeit machen können, brauchen Sie eine gleichberechtigte Finanzierung. – Danke!

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank! – Herr Graner, möchten Sie fortsetzen? – Bitte!

Henning Graner („Schule in Freiheit“): Vielen Dank! – Ich möchte auf verschiedene Fragen antworten, einmal auf die Frage von Frau Tesch. Sie haben mich gefragt, wie wir an unserer Schule unsere Schüler auswählen, wo doch die Nachfrage nach Schulplätzen größer ist als das Angebot. Die Frage ist für unsere Schule recht schnell beantwortet. Wir gehen einfach nach der Anmeldereihenfolge. Die Kinder, die ihre Eltern als Erste bei uns angemeldet haben, nehmen wir auf, und wir schauen uns darüber hinaus nicht an: Was ist das für ein Hintergrund? Was ist das für ein Elternhaus? Das haben wir zu Beginn, als wir die Schule

gegründet haben, ganz bewusst so gemacht, weil wir eben nicht in dieses Dilemma kommen wollen, Kinder nach irgendwelchen anderen Kriterien auszusuchen zu müssen. Ich finde das nicht sehr befriedigend. Wir würden natürlich lieber alle Kinder aufnehmen, aber wir haben uns dafür entschieden, welches Kriterium vergleichsweise am objektivsten ist, und haben uns entschlossen, das nach dem Anmeldedatum zu machen. Es gibt einige wenige Ausnahmen. Eine ist zum Beispiel, dass bei uns Geschwisterkinder bevorzugt aufgenommen werden. Ich weiß, dass andere Schulen in freier Trägerschaft das teilweise anders machen. Ich wollte damit nur verdeutlichen und einem Vorwurf entgegentreten, der den freien Schulen oft gemacht wird, nämlich die Schulen in freier Trägerschaft hätten den großen Vorteil, sich ihre Klientel auszusuchen. Diesem Vorwurf wollte ich damit entgegentreten, dass es durchaus Initiativen in freier Trägerschaft gibt, die gerade das nicht wollen, die sich an der öffentlichen Aufgabe der Bildung beteiligen wollen.

Da bin ich gleich bei einer Frage von Herrn Zillich. Er hat gefragt, ob wir damit einverstanden wären, wenn die Schulen in freier Trägerschaft sich an der Aufgabe Bildung flächendeckend anzubieten, beteiligen und einordnen würden, also zu gewährleisten, dass alle Menschen die Chance haben, auf eine Schule zu gehen. Meine persönliche Meinung ist, dass sich Schulen in freier Trägerschaft durchaus einordnen und daran beteiligen können, die öffentliche Aufgabe zu erfüllen. Das läuft manchmal unter dem Stichwort Gewährleistung. Der Staat muss gewährleisten, dass flächendeckend Bildung stattfindet, und das wird manchmal als Argument dafür genommen, dass die staatlichen Schulen deswegen besser ausgestattet sein müssten, oder die staatlichen Schulen hätten einen Vorrang, weil das ihre vorrangige Aufgabe sei, und sie müssten flächendeckend Bildung gewährleisten. Ich finde, dass die Schulen in freier Trägerschaft durchaus an dieser Gewährleistung teilnehmen können und sollten.

Zurück zu einer Frage von Frau Tesch. Mir ist bekannt, dass bewährte Träger dies gesagt haben, bei denen keine Wartefrist besteht, sofern sie eine weitere Schule aufmachen. In Berlin ist es tatsächlich so, dass eine neue Schule nur dann von Anfang an finanziert wird, wenn der Schulträger bereits andere Schulen derselben Schulart betreibt. Ich finde aber daran kritikwürdig, dass gerade dadurch insbesondere die kleinen Träger benachteiligt werden. Das sind gerade jene Initiativen, die aus der Mitte der Zivilgesellschaft heraus aktiv werden, um innovative Bildungsangebote zu machen. Ich würde Sie gern zurückfragen: Wie rechtfertigen Sie, dass durch diese Regelung ausgerechnet die großen – das sind meistens die finanzstarken – Träger bevorzugt werden? Wie rechtfertigen Sie das?

Eine weitere Frage, die Frau Tesch an mich gerichtet hat, war: Die Wartefrist diene dazu, zu überprüfen, ob der Träger in der Lage ist, eine Schule zu betreiben. Ich finde, dass eine Wartefrist die denkbar schlechteste Methode ist, das zu überprüfen. Jede Schulneugründung muss genehmigt werden. Staatliche Auflagen müssen von neuen Schulträgern genauso erfüllt werden wie von bereits etablierten Trägern und bestehenden Schulen. Insbesondere wird vor der Genehmigung geprüft, ob der Träger nach allem Ermessen in der Lage ist, die Schule über längere Zeit zu betreiben. Dies wird anhand vorzulegender Finanzierungspläne, der Konzeption und Satzung des freien Trägers beurteilt. Also, der Sinn der Nichtfinanzierung in der Wartefrist ist mir angesichts dieser Qualitätsprüfung nicht ersichtlich. Vielleicht können Sie noch mal darauf eingehen, warum Sie finden, dass eine Wartefrist dazu dient, herauszufinden, ob ein Träger in der Lage ist, Schulen zu betreiben. Meinem Eindruck nach ist die Wartefrist eher so etwas wie ein Sparmodell, denn sollte eine Schule in der Wartefrist tatsächlich den Betrieb einstellen, müssten die Schüler auf eine staatliche bzw. bereits finanzierte Schule wechseln, und dabei würde der Haushalt sofort mit den entsprechenden Schülerkosten belastet werden.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es in anderen Bundesländern andere Modelle gibt, mit der Wartefrist umzugehen. Es gibt Bundesländer, in denen es überhaupt keine Wartefrist gibt. Auch die müssen die Eignung der Träger irgendwie überprüfen. Vielleicht kann man sie mal fragen, wie sie das machen. Es gibt auch Bundesländer, die zwar eine sogenannte Wartefrist haben – ich denke hier an Hamburg –, aber nach Ablauf der Wartefrist zumindest einen Teil davon erstatten. Das wäre auch ein Modell, das man in Berlin andenken könnte.

Ein Punkt ist mir noch sehr wichtig, und den hat Herr Zillich angesprochen, nämlich die Frage: Können wir davon ausgehen, dass alle Familien überhaupt von einer Vielfalt im Bildungswesen, von einem vielfältigen Angebot Gebrauch machen können, dass sie davon profitieren können? Ist es nicht so, dass die Selektion

nicht nur über die Finanzierung stattfindet, sondern auch über den entsprechenden Bildungshintergrund der Eltern oder vielleicht auch über das Engagement der Eltern? Würden wir nicht riskieren, wenn es mehr Schulen in freier Trägerschaft gäbe und die auch noch voll finanziert werden würden, dass bestimmte Schüler dabei herunterfallen? Ich finde, diese Frage ist sehr wichtig und berechtigt.

Ich habe mich ein bisschen erkundigt, wie das in anderen europäischen Ländern ist, und die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern widersprechen der Angst, die staatlichen Schulen würden bei einer gleichberechtigten Finanzierung ins Hintertreffen geraten, und sie widersprechen auch der Angst, dass die Schüler, die vielleicht aus einem besonders benachteiligten Hintergrund kommen, hinten runterfallen würden. Ich möchte Ihnen das kurz ausführen.

Vorsitzende Christa Müller: Herr Graner! Könnten Sie bitte zum Schluss kommen! Sie reden schon zehn Minuten. – [Zurufe] – Es ging jetzt darum, die Fragen zu beantworten, und mein Eindruck war, dass es jetzt doch sehr weit ins Detail ging.

Henning Graner („Schule in Freiheit“): Ich würde gern diese Frage noch beantworten, und dann mache ich Schluss. – In Schweden wurden 1992 Bildungsgutscheine eingeführt. Seitdem dürfen die Eltern die Schule ihrer Kinder frei wählen, unabhängig davon, ob eine Schule staatlich oder in freier Trägerschaft ist. Sie dürfen ihre Schule außerhalb ihrer Wohngebiete besuchen. Es gibt keine Einzugsgebiete mehr, und alle Schulen werden gleichberechtigt finanziert. Dann hat man sich dort auch die Sorgen gemacht: Was passiert mit den staatlichen Schulen? – Dazu wurde von der Regierung Schwedens eine Studie in Auftrag gegeben, aus der ich kurz zitiere:

Die Hauptschlussfolgerung dieser Studie ist, dass es keine Anhaltspunkte für die Behauptung gibt, die Verbreitung unabhängiger Schulen sei schädlich für die kommunalen Schulen.

– Das sind die staatlichen Schulen. –

Diese Ergebnisse gelten unabhängig davon, wie die Leistung der Schüler gemessen oder welche statistische Methode angewandt wird. Die Ergebnisse gelten auch, wenn man die schwächsten Schüler in kommunalen Schulen betrachtet. Vielmehr stellt sich heraus, dass die Schüler kommunaler Schulen vom erhöhten Wettbewerb mit den unabhängigen Schulen profitieren. Der Wettbewerb mit den unabhängigen Schulen hat die kommunalen Schulen dazu bewogen, ihren Ressourceneinsatz zu verbessern, und das hat wiederum den Bildungsstandard erhöht.

Vielen Dank!

Vorsitzende Christa Müller: Danke! – Frau Ehrich, bitte!

Laura Ehrich („Schule in Freiheit“): Ich möchte eingangs äußern, dass ich persönlich enttäuscht bin über das Verhalten einiger Abgeordneter hier im Ausschuss. Das hier ist die Anhörung einer Volksinitiative, zu der mehr als 20 000 Menschen unterschrieben haben. Ich rede hier nicht nur als Vertreterin dieser Volksinitiative, sondern auch als Vertreterin all der Schülerinnen und Schüler, mit denen ich mich ausgetauscht habe, all der Lehrer und Schulleiter auch im staatlichen Schulwesen, und hatte während meiner ersten Rede nicht das Gefühl, bei einigen ausreichend Gehör zu finden.

Nun zu den Fragen, bei denen ich mich angesprochen gefühlt habe. Zunächst zu Frau Tesch, zu den Rahmenlehrplänen. Die habe ich gelesen, ich habe sie auch vor mir. Ich weiß sehr wohl, dass darin Kernkompetenzen festgehalten sind, ich sehe aber sehr wohl auch, dass nicht nur Kernkompetenzen darin festgehalten sind, sondern auch Inhalte. Im Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe II Mathematik steht dieser wunderschöne Satz:

Jedes Kurshalbjahr ist auf den Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler und auf die Bewältigung der Anforderungen in den abschlussorientierten Standards auszurichten.

Das ist für mich ein totaler Kontrast, einerseits Kompetenzerwerb, andererseits trotzdem Ausrichtung auf diese Abschlussprüfung. Es ist auch ein Kontrast zu dem, was darunter steht, nämlich: Kurshalbjahr Mathe eins: Änderungsverhalten von Funktionen, mittlere lokale Änderungsrate, Grenzwertbegriff, Begriff der

Ableitung. – Da ist doch genau aufgelistet, was inhaltlich drangenommen werden muss, und das steht für mich im Zielkonflikt zu den Kernkompetenzen.

Zum JüL: Damit war nicht gemeint, dass – das hat Frau Senffleben richtig erklärt – jede Schule selbst entscheiden sollte, ob, wie und in welchen Jahrgängen JüL eingeführt werden soll und darf. Ich wollte JüL nicht als grundsätzlich schlechtes oder gutes Modell darstellen, sondern als eine Möglichkeit, die manche Schulen in manchen Altersstufen oder auch nur in manchen Fächern für sich nutzen wollen würden.

Zu Lehrerinnen und Lehrern, die sich um neue pädagogische Konzepte bemühen: Vielleicht treffen Sie, Frau Tesch, auf sehr viele solcher Pädagogen, gerade weil Sie sich in der Lehrerfortbildung bewegen. Ich war auf sehr vielen Schulen in Berlin, und ich habe sehr wenige Lehrer erlebt, die sich um neue pädagogische Konzepte bemühen. Ich streite nicht ab, dass es solche Lehrer gibt, aber es ist nicht die breite Masse. Auch wenn sich solche Pädagogen hervortun, die sich um neue pädagogische Konzepte bemühen, dann stoßen sie immer noch auf bürokratische Grenzen. – Dann kam von Ihnen die Idee, dass ich doch mal auf meine Lehrer zugehen und ihnen vorschlagen könnte, neue Methoden zu benutzen. Ich weiß nicht, ob Sie sich vorstellen können, wie schwer es ist, mit Lehrern zu reden, die seit Jahrzehnten in diesem Kreislauf stecken, die vielleicht verbeamtet sind, die nicht zu fürchten haben, ihre Stellung zu verlieren und die schon immer dasselbe gemacht haben, weil es einfacher für sie war, weil es Anstrengung kostet, sich etwas Neues auszudenken. Ich habe ganz konkret im Biologieunterricht im Semester Genetik – es war vorgegeben, dass wir uns ein Semester lang mit Genetik auseinandersetzen haben – gefragt, ob wir nicht über Gentechnik reden können, weil das gerade ein politisch brisantes Thema war und mich das interessiert hat, aber nein, es war keine Zeit dafür. Das ist alles so eng gesteckt, wir müssen uns ja auf das Abitur vorbereiten, und das passt da nicht rein.

Zu Herrn Mutlu: Sie haben wie auch viele andere Abgeordnete richtig dargestellt, dass die staatlichen Schulen bereits viele Freiheiten haben, die aber nicht genutzt werden, und dass da noch viel zu tun ist. Deswegen finde ich, dass da auch die Politik etwas tun soll, dass die Politik ein Zeichen setzen soll, dass neue pädagogische Konzepte gewollt sind. Es müssen Anreize gesetzt werden, und zwar richtige Anreize und nicht solche, wie zu Beispiel dieser neue Berliner Schulpreis für Innovation im Qualitätspapier von Herrn Zöllner, der mit 1 000 Euro dotiert ist. Das ist kein Anreiz für eine Schule. Außerdem hat Herr Mutlu sehr richtig dargestellt, dass es trotzdem viele gute staatliche Schulen gibt, die sich trotz vieler Widrigkeiten bemühen. Aber an diesem Satz merkt man, dass es noch viele Widrigkeiten gibt, und die müssen meiner Meinung nach abgebaut werden, damit die Schulen, die sich um Neues bemühen wollen, es leichter haben.

Zu Herrn Zillich: Wenn es nun diesen Markt der Möglichkeiten an vielen verschiedenen Schulformen gibt, ob wir dann noch fähig sind, aus diesem breiten Angebot auszuwählen. Für mich als Kind von einkommensschwächeren Eltern waren freie Schulen immer in einer Art Schattenwelt. Das kam für mich nie in Betracht. Ich hätte gern die Möglichkeit gehabt, vor allem, als ich in einem gewissen Alter war, in dem ich mir selbst Gedanken um meinen Bildungsweg gemacht habe, in dem ich mich eigenständig an anderen Schulen bewerben habe, in Betracht ziehen zu können, an eine Schule in freier Trägerschaft zu gehen. Das war nie möglich, da es für mich immer in dieser dunklen Ecke war: Nein, da muss man Geld bezahlen. Das geht nicht. Das kann ich nicht machen.

Herr Oberg! Sie haben bezweifelt, dass Eltern bei mehr pädagogischer Freiheit wissen können, was an Schule x, y läuft. Ich frage mich, ob Eltern oder Schüler das heute schon wissen. Nach der 10. Klasse wollte ich an eine andere Schule wechseln und habe versucht, mich zu informieren. Worüber war das möglich? – Über die Schulhomepage, die nicht wirklich aussagekräftig ist. Was hatte ich für Möglichkeiten? Wie konnte ich wirklich wissen, was in Schule x, y läuft. Ich habe mich an einer Schule beworben, auf der ich dann auch gelandet bin, und ich war schwer enttäuscht, weil die Realität anders aussah als das, was auf der Schulhomepage präsentiert worden war oder was andere erzählt haben. Es ist meiner Meinung nach jetzt schon nicht möglich zu wissen, was in Schule x, y läuft. Ich glaube nicht, dass sich das durch mehr pädagogische Freiheit ändern wird. Nur der Fakt, dass heute verbindliche Gleichheit herrscht, bedeutet nicht, dass man wissen kann, was in Schule x, y läuft.

Zu Frau Schillhaneck und der Frage, ob wir sämtliche Qualitätsmaßstäbe fallenlassen sollten: Sämtliche Qualitätsmaßstäbe vielleicht nicht, aber meiner Meinung nach inhaltliche Qualitätsmaßstäbe. Die Schule

sollte immer noch das Ziel haben, Schülern gewisse Methoden und Fertigkeiten beizubringen, aber solange die Qualitätsmaßstäbe inhaltlich sind – – Man muss Vektoren addieren können, man muss die zweite Ableitung von dieser und dieser Funktion können. Ich finde, solche Maßstäbe sollten fallengelassen werden. – Danke schön!

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Frau Ehrich! – Frau Rasfeld, möchten Sie fortfahren?

Margret Rasfeld („Schule in Freiheit): Ich möchte Frau Tesch antworten. Sie hatten mir zwei konkrete Fragen gestellt, zum einen zur Lehrereinstellung an meiner Schule. Ich kann mir meine Lehrer aussuchen. Sie bewerben sich. Ich kann sich aussuchen, und ich bin sehr froh darüber. Zur Auswahl der Schüler: Ich habe gerade eine sehr große Herausforderung zu meistern. Ich habe nämlich nur 15 Plätze und 362 Anmeldungen. Ich habe sehr viele Schüler mit einem Durchschnitt von 1,0 und Gymnasialempfehlung weggeschickt.

Mein Auswahlkriterium ist höchstmögliche Heterogenität, die wir noch nicht in dem Maße haben, wie ich sie wünsche. Ich bin überhaupt keine Totalverfechterin von Schulen in freier Trägerschaft. Ich stehe für eine Schule, die zukunftsfähig ist und Qualität hat. Ich bin nach Berlin gekommen, weil Berlin – dafür möchte ich Ihnen sehr danken – mit der Einführung der Gemeinschaftsschule ein deutliches Zeichen gesetzt hat. Das finde ich ganz toll. Berlin ist so weit wie kein anderes Land. Die Gemeinschaftsschule in Nordrhein-Westfalen heißt, weiter äußere Differenzierung zu betreiben. Dahinter stehe ich schon immer, auch schon, als ich im staatlichen Schulsystem war. Das war reiner Zufall. Ich bin gefragt worden, ob ich diese Schule übernehme.

Wir tun jetzt in der Diskussion gerade so, als ob man einen Schnitt machen kann, und dann sind die staatlichen Schulen abgeschafft. Das ist gar nicht das Ansinnen. Ich bin total für Qualitätsstandards, aber für welche, die den Kernauftrag von Schule einlösen. Der Kernauftrag von Schule ist der mündige Bürger und nicht Tests in Deutsch, Englisch und Mathe. Ich habe totalen Respekt – ich bin, wie gesagt, 34 Jahre an der Schule; ich habe an einer großen Gesamtschule in einem sozialen Brennpunkt in Essen gearbeitet und sie geleitet – vor den Lehrerinnen und Lehrern, die da täglich ihren Mann stehen müssen. Manchmal denke ich allerdings: So, wie wir Schule immer noch organisieren, 45 Minuten, man kann schlecht Beziehungen aufbauen usw. – – Man könnte es sich viel einfacher machen, und dafür brauchen wir Beispiele. Ich sage noch mal: Wir haben an der Evangelischen Schule ein Beispiel, dass Furore macht. Es kommen Schulleiter aus der Schweiz, Leute aus Polen usw., und es überzeugt – unsere Schülerinnen und Schüler machen weitgehend diese Fortbildung – deren Überzeugtheit, deren Auftreten, und es wird schon viel davon genommen. Wir geben auch unser Material ab. Alle von Ihnen, die zumindest mal in einer Schule gearbeitet haben, wissen doch, wie es bei Lehrerkonferenzen usw. abläuft. Da kann man sein Händchen heben und irgendwogehen sein. Deswegen mache ich mir Sorgen. Wir sollten wirklich überdenken, ob wir so viel Energie in diese Tests stecken. Die Kollegin hat gerade auch schon darauf hingewiesen. Wir haben sehr viele Kinder, die krank sind. 40 Prozent der Kinder gehen mit Angst in die Schule. Wir haben Selbstmordraten bei Jugendlichen durch Mobbing, und Mobbing ist ein Zeichen von Konkurrenz und nicht der Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Gemeinschaft und Aufgaben.

Letzte Woche gab es eine Studie der DAK und der Techniker Krankenkasse: 10 Prozent mehr Burnout bei Dreißigjährigen. Es gibt Berufsanfänger, die erst drei Jahre arbeiten und burnout sind. Eine Erklärung dafür ist – so erklären sich das Mediziner, auch Hirnforscher –, dass man in Schule – nicht immer, aber so ist unser System noch ein bisschen – so viel vor bekommt, immer angepasst darauf reagieren muss, aber immer auch Leistung bringen muss – ich muss besser sein, ich muss auf das Gymnasium. Ich muss, ich muss, ich muss –, dass sie überhaupt nicht in dieser komplexen Arbeitswelt zurechtkommen. Das muss man auch sehen und überlegen, wie man Standards einhalten und andere Wege finden kann. Das kann man nicht im Gros den Schulen als Aufgaben geben. Die Berliner Schulen haben mit der Umsetzung von ISS und demnächst Inklusion usw. massiv zu tun. Aber wenn es einige gäbe, würde ich denen Herrn Jüter, zwei Changemaker aus der Wirtschaft an die Hand geben. Schülerinnen und Schüler müssen in diese ganze Entwicklung mit hinein. Ich habe schon mit Herrn Jüter gesprochen. Er ist der Auffassung: Man kann Schulen, die es wollen, in einem Jahr zu einer neuen Denke transformieren. Solche Beispiele brauchen wir, vielleicht zehn solcher Lap-Schools. Das meine ich mit Freiheit. Wenn sich eine Schule vom 45-Minuten-Rhythmus zum 60-Minuten-Rhythmus entscheidet, ist es zwar besser als vorher, aber das würde ich nicht als Innovation bezeichnen. Darum geht es. Wir sind auch als Wirtschaftsstandort gefordert, und Sie glauben doch nicht, dass große Wirtschaftsunternehmen in fünf Jahren noch auf die Zeugnisse gucken. Sie gucken: Junge oder Mädchen! Was hast du sonst noch in deinem Leben gemacht? – Ich halte demnächst einen Vortrag vor 500 Personalchefs deutscher Unternehmen, von der Deutschen Bank bis sonst wo. Als Thema haben sie „Social Contract, People x, y, Transformation radikal“. Die überlegen sich heute schon, ob die Jugendlichen, die dauernd twittern, bei Facebook sind – schauen Sie sich die CeBIT an. Es wird sich total viel verändern – überhaupt noch in abhängigen Unternehmen arbeiten wollen. Darüber macht sich die Wirtschaft gerade Gedanken.

Ich bin total gegen Schulen in freier Trägerschaft, die 600 Euro Schulgeld nehmen. Da würde ich nicht arbeiten. Das ist soziale Auslese. Aber man sollte die anderen entsprechend fördern und eine gute Zusammenarbeit ermöglichen.

Es gibt eine Studie, ob das Zentralabitur die Qualität von Unterricht verbessert hat. Das hat es nicht. Die Qualität von Unterricht hat es nicht verbessert, aber es führt zu vielen Einschränkungen. Wir müssen daran gehen, die Qualität zu verbessern. Deswegen würde ich noch mal quer denken.

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Frau Rasfeld! – Zum Abschluss hat Herr Stüttgen das Wort.

Johannes Stüttgen („Schule in Freiheit“): Ich finde vor allen Dingen den Gesichtspunkt der gerade geschilderten, nicht nur drohenden, sondern herrschenden Energiekrise ganz wesentlich. Energiekrise deswegen, weil Menschen, die unter Angst und bloß unter Vorschriften heranwachsen, ihre innere Konstitution verlieren, was zu großen Problemen während ihrer eigenen Existenz führt. Das finde ich einen wichtigen Gesichtspunkt, denn so rosig steht es doch überhaupt gar nicht mit unseren Kreativitätsstandards. Hier wird dauernd von Standards geredet. Hier wird zum Beispiel nach dem Fallenlassen von Qualitätsmaßstäben gefragt. Genau das Gegenteil ist ja das Ziel. Wir kämpfen ja deswegen für die freie Schule, damit Qualitätskriterien endlich neu untersucht und entwickelt werden. Wir können doch nicht so tun, als seien unsere Prüfungsverfahren und die Tests, die gemacht werden, für Qualitätsmaßstäbe gültig. Das ist Lug und Trug, den wir aus der Konvention übernommen haben, und überhaupt nicht mehr überprüfbar. Die Frage, die ich stelle, ist überhaupt die Frage der Überprüfbarkeit. Welche Kriterien sind da? Ich glaube, dass man unterschiedliche Modelle entwickeln muss. Die sind gar nicht mehr da. Die, die wir haben, sind veraltet, verbürokratisiert und längst besetzt. Insofern ist die Frage nach den Qualitätsmaßstäben für mich das A und O. Das heißt, wenn es so weitergeht, kann man wirklich sagen, dass wir uns selbst unsere Kreativitätsmöglichkeiten abschaffen. Das ist das Problem. Das bezeichne ich als Energiekrise, die meines Erachtens viel brisanter ist als das, was unter diesem Begriff im Zusammenhang mit Öl und anderen Sachen läuft, die Energiekrise des Menschen selbst, die hier zur Diskussion steht, und die mit irgendwelchen Kriterien von staatlichen Prüfungsordnungen nur verschleiert wird.

Letzter Satz, die Frage der Kompetenz: Ich möchte gern wissen, inwiefern der Staat überhaupt für die Ermittlung von Qualitätskriterien kompetent ist. Woher hat er diese Kompetenz, legitimiert durch Mehrheiten? Die Frage, die wir aber hier bearbeiten, ist gar keine Mehrheitsfrage. Die Mehrheitsfrage ist die Frage, dass alle Menschen ein Recht auf Bildung haben. Das ist richtig. Wir müssen es aber von der Tatsache unterscheiden, dass eigentlich die Frage der Schulen und der Kreativität Minderheitsrechte sind. Das heißt, die kleinste Minderheit, die es überhaupt gibt, bin ich selbst als einzelner Mensch. Meine Belange möchte ich gern im Bildungs- und Ausbildungswesen durchgesetzt wissen und dafür die Hilfe des Staats haben, der das unterstützt. Es geht hier gar nicht um Mehrheiten in der Sache, sondern darum, dass Minderheiten, also einzelne Schulformen, einzelne Untersuchungen und Experimente, rechtlich geschützt werden, damit sie das durchführen können. Das ist meines Erachtens die einzige Garantie, wie wir überhaupt zu fundierten Qualitätskriterien kommen können. Ich behaupte, dass die Bildungskrise, in der wir stecken, viel eingreifender ist, als wir uns das klarmachen. Ich glaube auch, dass das, was hier als Prüfung oder Test läuft, wunderbar auch zu erpfuschen ist. Es ist ja keine Garantie damit verbunden, diese Tests sind alle nur quantifizierbar, und wirkliche Qualitäten sind quantitativ gar nicht messbar. Das ist eine reine materialistische Einbildung. Die wirklichen Qualitätskriterien kommen von woanders her, und sie haben etwas mit künstlerischen Vorgängen zu tun, die man auch nicht abmessen kann. Wir müssen uns da auf eine ganz neue Perspektive einstellen und uns hüten, die alten Standards ständig so hochzuhalten. Die funktionieren sowieso nicht mehr. Dahinter steckt viel Lug, Trug und Pusch, und wenn jemand Abitur hat, beweist das eigentlich fast überhaupt gar nichts, außer der Tatsache, dass er in diesem System durchgehalten hat, unter Umständen auf Kosten ganz anderer Qualitäten.

[Beifall]

Vorsitzende Christa Müller: Meine Herren und Damen! Bitte halten Sie sich an unsere Geschäftsordnung! – Ich setze die Aussprache fort. Herr Zillich hat sich gemeldet.

Steffen Zillich (Linksfraktion): Vielen Dank! – Vielleicht eine Bemerkung zu Herrn Graner. Ich bin nicht ganz überzeugt von dem, was Sie sagen, wiewohl ich mir das Beispiel Schweden gern angucken möchte. Ich bin deswegen nicht ganz überzeugt, weil gerade aus Holland – an mein Ohr zumindest – andere Tendenzen dringen, nämlich dass man dort mit dieser Freigabe nicht so gute Erfahrungen macht und versucht, wieder

stärker zu regeln, und zum anderen, weil das Erleben der Berliner Schule bei mir durchaus andere Erfahrungen einbringt.

Die soziale Ausdifferenzierung zwischen Schulen, die wir haben, auch zwischen staatlichen Schulen, wo es gar keinen Unterschied beim Schulgeld o. Ä. gibt, hat vor allen Dingen etwas damit zu tun, welche Schule für eine gute gehalten wird und welche nicht, und welche Eltern sich darum kümmern, dass das eigene Kind auf eine gute Schule kommt und welche nicht. Wir haben dieses Moment, wir beobachten das, und deswegen würde ich es fahrlässig finden, mich darauf zu verlassen, dass dieses Moment gar keine Rolle spielt, wie Sie es mir empfohlen haben. Ich glaube, man muss mit diesem Moment umgehen. Ich finde es wichtig.

Ich finde es absolut gut, wenn zumindest Frau Rasfeld und ich darin einig sind, dass es darauf ankommt, öffentliche Schule zu verändern, und zwar insgesamt und sehr grundsätzlich, und dass für dafür gute Beispiele brauchen. Das ist der Grund, weshalb wir diesen Weg über die Pilotphase Gemeinschaftsschule gegangen sind, weil wir gesagt haben: Wir müssen eine grundlegende Veränderung des Schulwesens ermöglichen. Sie findet auch an öffentlichen Schulen statt. Aber das Ziel, die Aufgabe, die wir nicht kleiner bekommen werden, ist, dass wir damit insgesamt einen Transformationsprozess, und zwar an allen Schulen anstreben. Das ist natürlich ein langer Weg.

Ein Weg geht meiner Ansicht nach nicht, nämlich dass man sagt: Wir haben jetzt zwar Lehrerinnen und Lehrer, die ihr halbes Berufsleben etwas gemacht haben, aber was sie jetzt machen, gefällt uns nicht so richtig, und deswegen nehmen wir jetzt mal neue. Diese Art und Weise des Umbaus findet, glaube ich, keine Akzeptanz. Man muss es mit den Kolleginnen und Kollegen machen, die sich engagieren und einbringen. Deswegen werden wir auch die Frage beantworten müssen, wie wir sie auf diesen Weg mitnehmen, gerade die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Schulsystems. Deswegen sind die Beispiele ganz wichtig.

Unserer Auffassung nach ist es genau in dem Sinne, wie Sie es gesagt haben, wichtig, dass wir die Schulen der Pilotphase Gemeinschaftsschule weiter zu Reformmotoren in diesem Sinne ausbilden, wo man solche neuen Notwendigkeiten ausprobieren kann, und zwar unabhängig von der Frage, ob es sich dabei um eine freie oder eine öffentliche Schule handelt, aber mit dem Ziel, Antworten und Beispiele für das öffentliche Schulsystem insgesamt liefern zu können.

Bei dem, was Sie von dieser Schule in Freiheit beschrieben haben, scheint mir klar zu sein, dass es im gegliederten Schulsystem, zumindest bei den weiterführenden Schulen, nicht wirklich funktionieren kann, zumindest dann nicht, wenn der Anspruch der Schulen darin besteht, Heterogenität zu erzeugen und nicht Verlierer zu produzieren.

Frau Ehrich! Ich habe keinen Zweifel, dass Sie auch als Schülerin in der Lage wären, sich das Ihnen passende Angebot zu suchen. Es ist gut, wenn Sie das können. Das wäre aber nicht meine Sorge. Meine Sorge ist, dass es viele Eltern gibt, die diese Kompetenz nicht wahrnehmen. Ich glaube, das kann man nicht wegreden.

Ich habe noch eine Frage an Herrn Wilhelmi, weil er sich in einem Anschreiben an uns gewandt hat. Er hat beschrieben, dass die Mehrkosten für eine Vollfinanzierung der freien Schulen 60 Millionen Euro betragen würden, und das genau die Kosten wären, die anfallen würden, wenn alle Schülerinnen und Schüler der freien Schulen in öffentlichen Schulen wären. Diese Rechnung verstehe ich nicht. Stimmt diese Rechnung, würde dies bedeuten, dass die freien Schulen, wenn man sie voll finanzieren würde, 60 Millionen Euro plus der Mittel, die jetzt in dem System sind, erhalten würden, dass also für jeden Schulplatz an freien Schulen viel mehr Mittel zur Verfügung stünden als für jeden öffentlichen Schulplatz. Vielleicht erläutern Sie mir diese Rechnung, denn sie hat bei mir Fragen aufgeworfen.

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank! – Frau Harant, bitte!

Renate Harant (SPD): Ich möchte vier konkrete Fragen stellen und mich nicht in Allgemeinheiten ergehen, obwohl ich auch den mündigen Bürger für das Ziel aller Ziele halte. Ich denke, es ist aber kein Widerspruch, wenn konkrete Anforderungen dagegengestellt werden und über Qualität gesprochen wird.

Etliche der Anzuhörenden hatten sehr vehement gegen Leistungsstandards, Test und Prüfungen argumentiert. Es steht auch in Ihrer Vorlage, dass keine inhaltlichen Vorgaben, über das, was gelehrt wird, mehr gegeben werden sollen. Stattdessen verwenden Sie, Herr Wilhelmi, den Begriff der kulturellen Standards. Können Sie erklären, was sich hinter diesem Begriff verbirgt und wie sie kulturelle Standards festlegen wollen?

Die zweite Frage: Zur Lehrerausbildung wurden vorhin auch Fragen gestellt. Es wurde aber leider nicht beantwortet, wer eigentlich als Lehrer arbeiten darf. Gibt es eine Ausbildung, die vorzuweisen ist, oder darf man im Grunde jeden da heranlassen?

Dritte Frage: Wer kann eine Schule gründen? Kann das jeder? Können ich und du eine Schule gründen, und dann muss der Staat die Plätze finanzieren? Herr Oberg hatte vorhin das Beispiel Scientology gebracht. Wie wollen Sie damit umgehen? Ist die Gemeinnützigkeit eine Bedingung? Das kommt in Ihren Unterlagen auch vor.

Letzte Frage: Wer Kinder hat und in Deutschland schon mal mit Kindern von einem Bundesland zum anderen umgezogen ist, hat einiges erlebt. Es ist oft schwieriger, als man es erwartet. Wie soll denn das funktionieren, wenn jede Schule etwas völlig anderes macht? Da sehe ich auch praktische Fragen, die sich Familien dann stellen werden.

Vorsitzende Christa Müller: Danke, Frau Harant! – Frau Senftleben, bitte!

Mieke Senftleben (FDP): Vielen Dank! – Ich möchte zunächst zu zwei Dingen Stellung nehmen, das eine ist die Wartefrist. In Anlehnung an das, was Sie sagten, Frau Harant: Die Genehmigung muss vorher geprüft werden. Natürlich sind Dinge klar, die definiert werden. Das ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung, das sind andere Dinge, die das Land selbst definieren kann. Will es die Scientology-Schule, ja oder nein? – Ich gehe davon aus, dass es keine Scientology-Schule will, und genau das muss vor der Gründungsphase geprüft werden. Die Alternative wäre – Herr Graner hat es vorhin gesagt – zu sagen: Okay! Ein, zwei, drei Jahre bekommt ihr kein Geld, aber wenn ihr anerkannt seid, wird es erstattet. Ich glaube, die Hamburger machen es so. Das wäre ein faires Angebot.

Sprechen wir mal wirklich über Fairness! Ich bin sehr froh, dass hier oft gesagt wurde, dass wir fairen Wettbewerb brauchen. Das sehe ich genauso, auch in der Form der gleichberechtigten Finanzierung. Es ist im Augenblick kleinen Trägern nicht möglich, dieses über Jahre durchzuhalten. Das ist die Diskriminierung gegenüber großen Trägern, aber auch dem staatlichen Schulsystem gegenüber. Was brauchen wir letztendlich? – Wir brauchen die transparente Finanzierung, die nur über einen Schülerkostensatz laufen kann.

Herr Mutlu! Sie haben nicht recht. Es gibt diese Kosten. Es ist die Frage, ob wir sagen: Okay, da sind alle Werte drin. Wir haben uns noch nie damit so richtig auseinandergesetzt. Eine meiner ersten Fragen zu Beginn meiner parlamentarischen Arbeit war, Herrn Böger die Frage zu stellen: Herr Böger! Was kostet ein Schüler an Ihrer Schule in Berlin? – Da guckt er mich an, als käme ich vom Mond und fragte: Wieso wollen Sie das wissen? – Das war 2002. Da fragt dieser Senator mich: Wieso wollen Sie das wissen? – Ich sagte: Wissen Sie das nicht? – Nein, er wusste es nicht. Nach anderthalb Jahren habe ich die Schülerkostensätze mit der Bemerkung erhalten: Frau Senftleben! Sie sind falsch berechnet. Damit können Sie sowieso nichts anfangen. – Dazu kann ich nur eines sagen: Herr Sarrazin fand es gut von mir, dass ich danach fragte. – [Zuruf] – Ja, maulen Sie nur herum! – Es ist doch entscheidend, dass ein Senator – ob Bildungs- oder Finanzsenator – weiß, was ein Schüler wo kostet. Das weiß nämlich immer noch keiner genau. Deswegen müssen wir da hinterher sein.

Ich möchte ein bisschen konkreter werden; wir sollen ja irgendwann im Parlament darüber reden. Wenn wir an die Umsetzung denken. Frau Rasfeld! Ich gebe Ihnen recht! Wir können nicht einen Schalter umkippen: Bis morgen muss das vorangehen. – Aber erstens müssen wir Anreize setzen – da hatten Sie völlig recht –, und wir müssen auch mit dem Thema Budgetierung viel offener umgehen. Frau Zinke hat es vorhin so schön vorgelesen. Es gibt eine Entlastungszahl von 0,11 oder 0,22 pro Schüler. Warum nicht hier beginnen, mit einem Budget, das sich auf bestimmte Dinge konzentriert? Personalkostenbudgetierung ist ein erster Schritt. Warum nicht zum Beispiel ein Budget für die Schüler, die einen bestimmten Förderbedarf haben? Warum

nicht ein Budget für diesen ganzen Ermäßigungs-kram, dass man sagt: Hier, bitte schön, Schule! Soundso viel Schüler hast du, und hier ist dein Budget, womit du eigenverantwortlich umgehen kannst. – Ich glaube, wir müssen erste konkrete Schritte gehen, die sicherlich klein sind, aber ich bin überzeugt, dass dies für die Schulen sehr motivierend ist. Was war das für ein Geschrei beim Personalkostenbudget? Um Gottes willen! Da können wir überhaupt nicht machen. – Die Schulen, die es richtig machen, wollen es, machen es, und finden es prima. Man muss doch klar sehen, dass diese Entwicklung – – Sie finden es nicht prima, dass der Senator es wieder zurückgeführt hat. Das will ich hier noch mal deutlich betonen.

Frau Dr. Tesch! Ich finde es erstaunlich, dass Sie diese drei Säulen in Ihrer ersten Ausführung als Pamphlet bezeichnet haben. Das heißt nämlich Schmäh-schrift. Für mich steckt eine Haltung dahinter, die für alle Zentralisten bei den Bildungspolitikern in dieser Stadt neu ist und auch für alle Ideologen. Das ist eine neue Haltung. – [Steffen Zillich (Linksfraktion): Ich warte auf Ihren Antrag „Abschaffung der Vergleichsarbeiten“!] – Wir haben Sie von Anfang an unterstützt, und Sie wissen, dass wir viele Anträge in diese Richtung gestellt haben. Es ist für mich kein Pamphlet, wie Frau Dr. Tesch es eben nannte. Es ist für mich eine echte Bereicherung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Frau Senftleben! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann können wir diese Rederunde abschließen, und Sie haben noch mal Gelegenheit, sich zu äußern, die Fragen zu beantworten und sich zu positionieren. – Möchten Sie das in der vorherigen Reihenfolge machen, oder wählen Sie jetzt eine andere?

Kurt Wilhelmi („Schule in Freiheit“): Ich fange wieder an, und möchte auf die Fragen von Frau Harant eingehen. Ich spreche jetzt für mich, weil wir unterschiedliche Färbungen und eigene Überzeugungen haben. Sie haben gesagt, ich würde mich gegen Tests, Prüfungen, Abschlüsse und solche Dinge in der Schule aussprechen. Das stimmt nicht. Ich finde auch Tests gut. Meine Überzeugung ist, dass Prüfungen gut, wichtig und notwendig sind. Ich finde Aufgabenstellungen wichtig, an denen die Schüler wachsen und sich entwickeln können. Das Einzige, was ich kritisiere, ist, dass solche Tests oder Prüfungsformen den Schulen von außen vorgegeben werden. Meine Überzeugung ist, solche Tests, Prüfungsformen, Aufgabenstellungen oder auch Qualitätskriterien können sich nur aus dem Schulwesen, aus der Praxis, aus dem Leben, aus der Pädagogik selbst entwickeln. Das wird in einer Vielfalt geschehen, wenn wir die Freiheit dafür geben. Die kulturellen Standards, nach denen Sie gefragt haben, wären quasi die Grundlage, auf der sich dann die Vielfalt entwickeln kann. – [Zurufe von der SPD] – Das sind die Standards, die für alle Schulen gelten, die in allen Schulen eingehalten werden sollen. Ich fange mal beim Einfachsten an: lesen lernen, rechnen lernen, schreiben lernen usw. Ich weiß nicht, ob das auf eine Seite passt oder auf zwei, aber so stelle ich mir eine Grundlage vor, also, dass wir Standards definieren, die in allen Schulen eingehalten werden müssen. Es ist die Aufgabe des Staats, dafür zu sorgen, indem er nämlich die Rechtsaufsicht ausübt, dass diese Standards eingehalten werden und dass sich auf der Grundlage dieser Standards die Vielfalt auch an Lehrplänen und Abschlussprüfungen in Freiheit entwickeln kann.

Zur Frage von Herrn Zillich nach den 60 Millionen Euro. Ob es 60 oder 70 Millionen Euro sind, ist umstritten. Ich hatte vor ein paar Wochen 60 Millionen Euro ausgerechnet. Das ist der Betrag, der an Mehrausgaben anfallen würde, wenn alle Schüler, die jetzt an einer Schule in freier Trägerschaft sind, auf eine staatliche Schule gehen würden, also wenn die freien Schulen sagen würden: Wir können nicht mehr, wir halten es nicht mehr durch, wir sind unterfinanziert, wir machen dicht –, und alle Schüler würden an eine staatliche Schule gehen, dann würde dieser Betrag anfallen, weil die Finanzierung der staatlichen Schulen entsprechend umfangreicher ist und die Schulen in freier Trägerschaft nur 60 Prozent bekommen. Also, diese Aufstockung von den jetzigen 60 Prozent auf die 100 Prozent würde sowieso an Mehrausgaben entstehen, wenn alle Kinder auf eine staatliche Schule gehen würden. Insofern ist es eine Selbstverständlichkeit, dass dieser Betrag zur Verfügung gestellt wird.

Vorsitzende Christa Müller: Herr Graner, bitte!

Henning Graner („Schule in Freiheit“): Vielen Dank! – Die Frage ist im Wesentlichen beantwortet. Ich kann es auch noch mal kurz vorrechnen. Zurzeit werden für Schulen in freier Trägerschaft etwa 147 Millionen Euro ausgegeben. Davon entfallen etwa 27 Millionen Euro auf die Berufsschulen. Wenn wir

uns jetzt erst mal nur auf die allgemeinbildenden Schulen beziehen, dann werden für sie etwa 120 Millionen Euro ausgegeben. Wenn man davon ausgeht, dass diese 120 Millionen Euro nur etwa 65 Prozent der Kosten abdecken, dann kommt man mit diesen verbleibenden 35 Prozent auf 65 Millionen Euro. Das ist die Größenordnung.

Ich würde gern einen Punkt ansprechen, der hier schon anklang, der mir sehr wichtig ist, und zwar die Frage nach der Vergleichbarkeit, nach der Standardisierung von Bildung. Ich habe den Eindruck – Sie können mich gern korrigieren, wenn er falsch ist –, dass die Idee, Bildung zu standardisieren, Vergleichsarbeiten und Zentralabitur einzuführen, parteiübergreifend ähnlich gesehen wird. Ich habe den Eindruck, es gibt zwei Begründungen für die Vergleichsarbeiten.

Die eine Begründung ist, es geht mit den Vergleichsarbeiten, insbesondere mit Abschlussarbeiten, z. B. mit dem Abitur, darum, dass da Chancen verteilt werden. Deswegen geht es dort auch um Wettbewerb. Wer bekommt den Studienplatz? – Na klar, der, der im Abitur besser abgeschnitten hat. Das ist eine Begründung, und da will man natürlich sicherstellen – und das ist die zweite Begründung für Vergleichsarbeiten und für das Zentralabitur –, dass es gerecht zugeht, dass nicht, weil eine Schule es so macht und die andere Schule macht es so, plötzlich jemand mit weniger Aufwand einen besseren Schulabschluss hat als ein anderer. Da geht es also um die Frage der Gerechtigkeit.

Wir sollten uns aber die Frage stellen, ob es überhaupt sinnvoll ist, Bildung zu vergleichen. Ich glaube nicht, dass das sinnvoll ist. Ich glaube, wenn es um die Gerechtigkeit geht, und das hat Laura Ehrlich in ihrem Eingangsstatement vorhin schon gesagt, sollte es nicht darum gehen, dass der Abischnitt vergleichbar ist, sondern wenn es um Gerechtigkeit geht, in Fragen der Bildung, sollte es darum gehen: Wie wird eine Schule jedem einzelnen Kind gerecht? Das ist ein Begriff von Gerechtigkeit, den ich in Bezug auf Bildung für sinnvoll halte.

Zum Begriff des Wettbewerbs: Ich finde nicht, dass Kinder und Jugendliche in Bildungsfragen miteinander in Wettbewerb treten sollten, sondern ich denke, dass der Wettbewerb auf einer anderen Ebene stattfinden müsste. Es sollte ein Wettbewerb um die besten pädagogischen Konzepte sein, um jedem einzelnen Schüler und jeder einzelnen Schülerin, egal, aus welchem Hintergrund er kommt, gerecht zu werden. Das beantwortet auch die Frage nach dem Umziehen. Die Vergleichbarkeit wird angeführt. Man müsste sicherstellen, dass, wenn eine Familie umzieht, die Kinder alle genau das Gleiche gemacht haben. Dann können sie nämlich gleich an der Schule, wo sie ankommen, weitermachen. Wenn aber eine Schule es sich zur Aufgabe machen würde, jedem einzelnen Kind gerecht zu werden, und wenn das bundesweit so wäre, dann könnten natürlich die Kinder jederzeit wechseln, weil sie wüssten: An der Schule, an die ich komme, wird man auch versuchen, mir gerecht zu werden. – Vielen Dank!

Laura Ehrlich („Schule in Freiheit“): Daran möchte ich gleich anknüpfen und ein ganz persönliches Beispiel bringen. Ich werde voraussichtlich ein sehr gutes Abi machen von 1,1 – so in dem Dreh –. Meine beste Freundin hat letztes Jahr Abi gemacht, hatte 1,6, möchte aber leidenschaftlich gerne Medizin studieren, und zwar schon immer. Ich könnte mich wahrscheinlich, voraussichtlich einfach so bewerben, würde wahrscheinlich genommen werden, aber ich interessiere mich nicht für Medizin. Ich habe da keine Erfahrung. Ich stehe nicht dahinter. Ich habe nie ein Praktikum im Krankenhaus gemacht, was meine beste Freundin gemacht hat. Wieso soll es mir offen stehen, Medizin zu studieren, obwohl ich weder Leidenschaft noch Interesse noch Erfahrung habe, und meine beste Freundin, nur weil Sie aufgrund ihrer Prüfungsfächer, ihrer Schullaufbahn ein schlechteres Abi, einen schlechteren Abischnitt hat, obwohl sie Praktika im Krankenhaus gemacht hat, obwohl sie in ihrer Freizeit Medizinbücher liest, nicht Medizin studieren dürfen? Wieso müssen wir uns an Zahlen vergleichen? Ich finde, dass sich das ändern muss und dass die Hochschulen uns als Schüler und nicht als hin- und herschiebbare Objekte sehen soll, sondern als Individuen und dass sich da auch die Hochschulen ruhig ein bisschen mehr Mühe geben sollten, auch wenn es mehr Arbeit ist, jeden einzelnen Bewerber und dessen Erfahrungsschatz anzugucken. Ich finde, dass das diesen Aufwand wert ist, dass Vergleichbarkeit auf keinen Fall das höchste Gut in dieser Gesellschaft sein sollte. Ich glaube, wenn man in der Schule kein reines Wissen lernt, sondern Fähigkeiten und Leidenschaften lernt und Mut lernt, sich selbst zu engagieren, dann wird man seinen Weg finden.

Zurück zum Umziehen zwischen den Bundesländern: Ich habe auch einige Schulen in anderen Bundesländern von innen gesehen und habe gemerkt, dass die jetzt schon total unterschiedlich sind. Es bringt doch nichts. Das Schulsystem in Bayern ist sowieso total anders als in Berlin, und wenn ich dahin umziehen würde, würde ich da sowieso nicht klarkommen, ob es nun in Berlin irgendwelche Standards gibt oder nicht. Wieso man dann daran festhalten? Es wird diese Probleme beim Umziehen so oder so geben, weil alle Schulen, Lehrer und Schüler anders sind. Wieso sollen dann die Inhalte gleich sein?

Zu Herrn Zillich: Sie haben gesagt, Pilotphasen an staatlichen Schulen sollten zugelassen werden. Das ist notwendig, um Hürden abzubauen, sodass staatliche Schulen es leichter haben, neue Wege zu gehen, dass sie nicht erst Anträge schreiben müssen, dass sie nicht erst gucken, wo kommen die Gelder her, sondern dass

Hürden abgebaut werden, dass Pilotprojekte zugelassen werden, dass es vereinfacht wird für staatliche Schulen, dass sie diese Freiheiten, die sie schon haben, auch nutzen.

Zu der Frage der kulturellen Standards: Für mich sind kulturelle Standards kein Wissen, sondern Fähigkeiten, Werkzeuge, die Fähigkeit zu lesen, zu rechnen, eigenständig zu forschen, sich selbst zu reflektieren. Da möchte ich das Beispiel der 5. Prüfungskomponente im Abitur vorbringen. Das ist meiner Meinung nach eine sehr gute Sache. Ich habe Zeit, einer Sache nachzugehen, für die ich selbst Leidenschaft habe, merke aber auch, dass das in meiner bisherigen Schullaufbahn nicht genug gefördert wurde, dass viele meiner Mitschüler damit überfordert sind und dass wir nicht genau wissen: Nanu, jetzt haben wir hier völligen Freiraum und können das machen, wie wir wollen, und selber ein Thema aussuchen, wir aber gar nicht gelernt haben, damit umzugehen. Ich finde, dass solche Projekte und eine solche Art der Aufgabenstellung, der Herausforderung gefördert werden müssten.

Zuletzt möchte ich noch auf die Ausbildung der Lehrer eingehen. Das ist für mich ein sehr wichtiges Thema, denn Lehrer sind eine der wichtigsten Berufsgruppen in unserer Gesellschaft. Ich finde, dass es nicht sein kann, dass Lehrer zu Fachgenies ausgebildet werden, dass sie, wenn sie Mathe- und Chemielehrer werden, Differenzialgleichungen lösen können müssen, sondern dass sie lernen müssen: Wie kann ich mit Schülern umgehen? Wie kann ich auf Schüler eingehen? Meiner Meinung nach ist die Lehrerausbildung heute immer noch zu rückständig, und wenn man da ansetzt, dann wird es auch Lehrer geben, die Mut haben, neue Wege zu gehen. Dann wird es auch Lehrer geben, die neue Konzepte ausprobieren. – Vielen Dank!

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Frau Ehrich! – Frau Rasfeld, bitte!

Margot Rasfeld („Schule in Freiheit“): Ich möchte noch einmal Herrn Schleicher zitieren:

Die Vergangenheit war lehrplanzentriert. Die Zukunft ist lernerzentriert. Unseren Schülern wird zu wenig zugetraut. An die Stelle der Abschlüsse sollte ein System von Anschlüssen treten. Systeme zu dezentralisieren und das Schulklima zu entspannen, trägt Früchte bei den Leistungen. Lebenslanges Lernen ist eine Tatsache. Die Vermittlung von Fachwissen, das man Schülern leicht im Gleichschritt vermitteln kann, reicht für den Erfolg nicht mehr aus.

– Wie solche Anschlüsse aussehen könnten, sollte man frühzeitig an einigen Schulen erproben und nicht, wie üblich, wie wir das in Deutschland machen: Wir warten immer, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, um dann irgendwie zu reagieren. Das ist jetzt gar keine Erfindung von Omnibus, sondern wird unter Experten schon lange diskutiert.

Ich möchte einen Vorschlag machen, und zwar rede zumindest ich über neue Denke, Querdenke, über den Tellerrand hinausschauen. Ich finde die Diskussion, die hier läuft, so zentral für die Zukunft von Deutschland und für die Zukunft unserer Kinder und in welche Gesellschaft wir gehen wollen in Haltung und Einstellung. Wir kümmern uns in der Schule um die Großhirnrindemethoden. Da sind wir super in Deutschland. Wir haben zum Teil schon super Methodenschulungen, aber hier vorne im präfrontalen Kortex sitzen die Haltungen und Einstellungen. – Ich will das mal mit Handwerk vergleichen. Wir füllen den Handwerkskoffer exzellent, aber hier vorne sitzt der Handwerksmeister, der sagt: Was machst du damit eigentlich? Engagierst du dich in der Welt? Gehst du in Konkurrenz? Was machst du damit? Darum müssen wir uns mehr kümmern.

Ihr weiteres Vorgehen ist, wenn ich das richtig verstanden habe, dass Sie das noch mal im Ausschuss diskutieren, dass Sie das dann ins Parlament bringen. Ich würde mir wünschen, dass parallel sich eine interdisziplinäre Gruppe bildet, in der Schülerinnen und Schüler sitzen, in der Sie von Schülerinnen und Schülern hören, was Noten oder Lernberichte mit ihnen machen, in der verschiedene Berufsfelder sitzen, in der vielleicht auch mal ein Journalist sitzt. Man braucht für Innovation höchstmögliche Interdisziplinarität. Das würde ich mir wünschen, dass diese Diskussion parallel weiterläuft – Berlin hat eine hohe Energie für Deutschland –, dass da vielleicht kleine neue Schritte, die noch mal quergedacht sind, entstehen können.

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Frau Rasfeld! – Dann hat zum Abschluss Herr Stüttgen das Wort!

Johannes Stüttgen („Schule in Freiheit“): Ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen.

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Herr Stüttgen! – Dann ist unsere Anhörung beendet. Ich werde den Präsidenten des Abgeordnetenhauses bitten sicherzustellen, dass uns das vereinbarte Wortprotokoll rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird, denn wir haben vereinbart, dass wir zum 7. April 2011 die Beratung im Abgeordnetenkreis fortsetzen und zu einer Beschlussempfehlung kommen, die wir dann an das Plenum weiterreichen. Diese Beschlussempfehlung wird am 14. April 2011 im Plenum behandelt werden. Damit kann ich feststellen, dass die Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative Omnibus gemäß § 9 Abs. 2 des Abstimmungsgesetzes erfolgt ist. – Ich danke Ihnen noch mal ganz herzlich für Ihr Kommen und dafür, dass Sie uns für diese Anhörung zur Verfügung gestanden haben. Ich bin sicher, dass es noch sehr viel Gesprächsstoff geben wird und dass es sehr viel Nachdenkenswertes gibt. Es war eine Auftaktveranstaltung. Die Meinungsbildung, wie auch nicht anders zu erwarten war, ist nicht abgeschlossen, sondern wird wie auch immer in Gang kommen. Noch mal herzlichen Dank!

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.